Die wiederherste... Polens

Hans Ferdinand Helmolt

Perthes' Schriften zum Weltkrieg / 1

Hans F. Helmolt

Die Wiederherstellung Polens

Eine Gedenkschrift

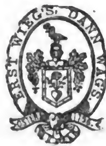


Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha 191

H. Pieper.

Perthes' Schriften zum Weltkrieg

Vierzehntes Heft



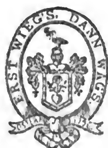
Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha 1917

Die Wiederherstellung Polens

Eine Gedenkschrift

von

Dr. Hans F. Helmolt



Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha 1917

Der erste und höchste Zweck der Politik ist die Sicherung des Staates.
J. Schollenberger, 1903.

Die Aufteilung Polens war mehr als ein Verbrechen: sie war ein Fehler. War auch die Erwerbung Westpreußens durch Friedrich den Großen, nach ihm selber das „einzige Mittel, einen allgemeinen Krieg zu verhüten" (9. Oktober 1773), eine Errungenschaft, die für Preußen-Deutschland fast ebenso wichtig war wie ein Menschenalter vorher die Eroberung Schlesiens, so stand doch Friedrich Wilhelms II. Anteil am gänzlichen Auflösen Polens lediglich im Zeichen einer gleißenden Prestigepolitik, hohlen Scheins.

Die erste Teilung vom 5. August 1772 hat in der Tat Europa vor einem Kampf aller gegen alle bewahrt. An ihrer Wiege steht Preußens Eintreten für die Aufrechterhaltung der Türkei (dieselbe Politik also, die es uns jetzt erlaubt, den Fehltritt von damals wieder gutzumachen: ausnahmsweise einmal eine Umkehrung alles Gleichen). Eine zweite Patin der Zersetzung Polens war Rußlands Einmischung in seine inneren Wirren, desselben Rußlands, das sich gleichzeitig südwärts auf Kosten des geschwächten Osmanenreichs auszudehnen trachtete. Damit aber geriet Katharina II. mit dem Ehrgeize Josephs II. in Konflikt. Stand sie nun von ihren Hauptforderungen an die Türkei ab, so mußte sie anderswo entschädigt werden. Friedrich der Große war seit dem 11. April 1764 vertraglich mit Rußland verbunden — hätte er für Katharina zum vierten Male gegen Maria Theresia zu den Waffen greifen, Preußens Söhne für Polen opfern und die große Unterlassungssünde begehen sollen, das vormalig

deutsche Westpreußen nicht zurückzunehmen? Das zerrüttete Polen bot sich den Streitenden und auf Kompensation bedachten Großmächten von selbst als ein Gebiet dar, machtlos und dennoch groß genug, um die verschiedenen Appetite seiner drei Nachbarn zu befriedigen.

Das friderizianische Zeitalter der aufgeklärten Despotie war noch nicht so national gesinnt, daß es den an sich „unerhörten Vorgang" (Theodor Lindner) schon als Frevel verurteilt hätte. Während jedoch Friedrich der Große die Herstellung einer breiten Brücke zwischen Ostpreußen und der übrigen Monarchie durch planmäßiges, fast unerbittliches Kultivieren sittlich rechtfertigte, hörte unter seinem Nachfolger die Kolonisation plötzlich auf. Und bei der Erwerbung des Zuwachses war es geradezu schmählich zugegangen. Sie hatte unter dem Banner gierigen Erraffens gestanden. Mißtrauisch aufeinander, hatten Österreich und Preußen einander hintergangen, und Rußland als tertium gaudens schluckte dabei mit einem gewissen Rechte die größten Bissen. Anstatt gegenüber der völkerbefreienden französischen Revolution die Ordnung und Geschlossenheit zu verkörpern, feierte Alteuropa wahre Orgien in willkürlichster Kabinettspolitik und vergewaltigte ein ganzes Volk, das sich eben anschickte, die Sünden vergangener Geschlechter abzutun. Noch am 7. Februar 1792 hatten sich Preußen und Österreich zu Berlin gegenseitig verpflichtet, die neue polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 nicht zu bekämpfen. Doch schon am 23. Januar 1793 betrog Preußen den Bundesgenossen, indem es hinter seinem Rücken mit Rußland die zweite Teilung Polens vereinbarte. Aber diese wenig schöne Gewinnung „Südpreußens" trug ihm die Übergehung vom 3. Februar 1795 ein, als sich zu Petersburg Österreich und Rußland über die dritte und vorläufig letzte Teilung Polens verständigten. Eine nachträgliche Berücksichtigung erreichte Preußen unterm 24. Oktober 1795, nachdem es sich durch die charakterlose Preisgabe des linken Rheinufers im Baseler Frieden unseligen

Angedenkens von Frankreichs Feindschaft befreit hatte. Man war damals wirklich einander würdig.

Die umfangreichen Neuerwerbungen wurden so wenig an- und eingegliedert, daß der preußische Staat eigentlich nur durch Jena vor dem Schicksale bewahrt worden ist, halbslavisch zu werden. Doch selbst die nach 1815 verbleibenden Bissen zeigten sich während der im Zickzack verlaufenden Polenpolitik Preußens so unverdaulich, daß man die Teilungen oft genug verwünschte. Da stößt man auf recht beachtenswerte Urteile von Männern wie dem Freiherrn vom und zum Stein, Ernst Moritz Arndt oder Friedrich v. Gagern. So begegnete die Hoffnung des Dombrowskimarschs „Noch ist Polen nicht verloren" bald dem deutschen Verlegenheitswunsche: wenn es kein Polen gibt, so muß man es erfinden. Den Ausschlag aber gab das gefahrdrohende Anwachsen des Panslavismus. Freilich: wie man die Fehler des ausgehenden 18. Jahrhunderts wieder gutmachen solle, das vermochte niemand zu ergründen. Darüber, daß ohne Druck weder Preußen noch seine beiden Nachbarn ein einmal einverleibtes Gebiet wieder herausgeben könnten, herrschte Einmütigkeit bis in die Reihen der voraussetzungslosesten Doktrinäre. Da half der Weltkrieg das Dilemma lösen. Deutschland und Österreich-Ungarn verzichteten auf ihre großen Eroberungen von 1915 und stellten Polen wenigstens im Umfange der Grenzen des Wiener Kongresses wieder her. Damit retteten sie Europa vor Halbasien.

Schwankungen des mitteleuropäischen Grundrisses

Der Dinge Lauf zu prophezeien ist im allgemeinen eine heikle Sache; doch so viel steht fest, daß auf geraume Zeit nach dem Kriege die Magistrale des Vierbunds von Nordwesten nach Südosten verlaufen wird. Selbst wenn man von dem Schlagworte Berlin-Bagdad absieht und sich auf Mitteleuropa beschränkt, so ist klar, daß die nordsüdliche Tendenz, die dem Dreibund von 1882/1915 innewohnte, durch das Wiederaufleben der verschütteten Donau- und Balkanpläne Prinz Eugens eine Abbiegung um 45 Grad erfahren hat.

Es ist das nicht das erste Mal, daß der Begriff Mitteleuropa eine derart einschneidende Wandlung durchmacht. Um von seinem wechselnden Umfange (worüber jetzt am besten Gustav Brauns Buch „Mitteleuropa und seine Grenzmarken", Leipzig 1917, unterrichtet) hier zu schweigen, so ist es besonders die Orientierung der vorwiegenden Entwicklungstendenzen, die riesige Schwankungen — wiederholt solche um 90 Grad — aufweist. Bald war die wesentliche Entfaltung Mitteleuropas westöstlich, bald war sie nordsüdlich gerichtet. Einerseits füllte das deutsche Reich des Mittelalters, selbst zur Zeit seiner höchsten Blüte, die deutschen Räume nicht aus; anderseits griff es (sein Name „Heiliges römisches Reich Deutscher Nation", der darauf hinzuweisen scheint, hat nach neueren Forschungen einen andern Sinn: Der Hauptton liegt nicht auf „römisch", sondern auf „deutsch"!) über die Alpen hinüber in die mittelmeerische Region und das oft genug mit solchem Nachdrucke, daß er fern im Süden seinen Schwerpunkt suchte und gefunden zu haben

glaubte. Nur wie ein sich aufbauschender und schleppender Mantel breitete sich das Kaisertum damals über das großdeutsche Mitteleuropa. Aber während es hier schmerzliche Einbußen zu verzeichnen hatte, barg es in seinen lockeren Falten dort wieder die Keime zu neuer Ausdehnung in entgegengesetzter Richtung. Zu derselben Zeit, wo Holland anfing sich vom Reiche zu lösen, gewann es ohne Zutun der Zentralgewalt, lediglich kraft der Initiative und Zähigkeit norddeutscher Herzoge in westöstlichem Vorwärtsdrängen ein Stück kolonialen Bodens nach dem andern. Wir beobachten da eine großzügige und weiträumige Bewegung, deren Fluktuieren eigentlich niemals völlig zum Stillstande gekommen ist: Bismarcks Ansiedlungsgesetzgebung ist ihr vorletzter, die heutige Sehnsucht der Balten — einstweilen — ihr letzter Ausläufer.

Und mit fortschreitender Kultivierung des Ostens verschob sich zugleich das Schwergewicht der politischen Macht vom Mutterland am Rheine, der bisher die Magistrale des mitteleuropäischen Verkehrs gebildet hatte, während die Schweiz aus dem Reichsverbande schied und der Norden als Hanse eine Rolle für sich spielte, mählich nach Elbe, Oder und Donau. Gerade die Anlehnung an den letztgenannten Strom, den man schon zu Zeiten Kaiser Karls V. als das Rückgrat der habsburgischen Weltmacht bezeichnen darf, verschaffte Österreich im 17. Jahrhundert die unbestrittene Vormachtstellung inmitten der mitteleuropäischen Buntscheckigkeit. Ihr verdankt es, selbst ein merkwürdig zusammengewürfeltes Gebilde, seinen besten, weil dauerhaftesten Staatsgedanken von dem Augenblick an, wo Prinz Eugen die Türkenflut zurückdämmte, ihr seinerseits mit Angriffen begegnete und seine siegreichen Fahnen nach dem Balkan trug. Unter diesem Gesichtspunkte bedeutet Österreich-Ungarns Festsetzung in Serbien und seine spät genug aufgenommene, aber immer noch viel verheißende Adriapolitik kein uferloses Abenteuer, kein bedauerliches Aufgeben seiner „deutschen Sendung", sondern eine durchaus gesunde,

weil bodenständige Wiederaufnahme geographisch diktierter, durch Aehrenthal allzu ängstlich verkannter Lebensinteressen.

François Mignets Satz „Die Völker sind wie die Wässer: sie folgen dem Gefälle“ darf zwar nicht auf allgemeine Giltigkeit Anspruch erheben; er war mit besonderer Rücksicht auf Aragon, Katalonien und Portugal geprägt. Aber stets noch hat ein Strom Heere ebenso vorwärts geführt wie friedliche Kolonisatoren. So haben einst die Wikinger Rußland, die Deutschherren Preußen, die Russen Sibirien, die Franzosen Kotschinchina erobert. Staatlichem Wachstume gibt der Fluß die Richtung. Ober- und Unterösterreich und Ungarn liegen nicht bloß an beiden Ufern eines und desselben Gewässers, sondern haben damit auch den vom Boden diktierten politischen Beruf überkommen. Ein Staat, der innerhalb seiner Grenzen das Hauptstück eines — unteilbaren — Stromes umfaßt und doch wirklich mächtig sein will, sollte, sei es in dunkelm Gefühle, sei es in klarem Zielerfassen, auch den Rest der Lebensader wenigstens unter seinen Einfluß nehmen. Die Donau ist der Sammelkanal für die Wässer des Inns ebensogut wie für die nordwärts strebenden Straßen Bosniens und Serbiens. Kraft dieses Naturgesetzes ist Bosnien bereits in den Dauerbesitz Österreich-Ungarns übergegangen — Serbiens Schicksal liegt in derselben Linie. Österreichs vornehmster Staatsgedanke weist entlang der Donau südostwärts.

Einst hat Fürst Bismarck jedes Interesse des Deutschen Reichs an der Donau bestimmt in Abrede gestellt. Für sein Zeitalter eines ungestörten Ausreifens der Reichsgründung war diese Vorsicht, die sich am 5. Dezember 1876 zu dem geflügelten Vergleiche des Wertes aller orientalischen Fragen mit den gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers verdichtete, eine Beschränkung des Meisters — heute ist sie nicht mehr aufrecht zu erhalten. Deutschland, das auf ein gesundes Österreich-Ungarn, auf einem von einem fruchtbaren Staatsgedanken er-

füllten Bundesgenossen denkbar größtes Gewicht legen muß, hat das österreichische Ausgreifen nach Südosten rückhaltlos zu fördern und zu stützen, ohne daß es deshalb selber, etwa in Vergeltung von Montenegros einseitiger Kriegserklärung vom 11. August 1914, dort aktiv zu werden brauchte.

Die Weltpolitik, die dem Hause Habsburg unvorhergesehene Riesenerbschaften aufgedrängt hatte, hinderte es bis in die erste Hälfte des letzten Jahrzehnts des 17. Jahrhunderts daran, seine volle Aufmerksamkeit dem Aufrichten eines festen Bundes unter den Donauvölkern zuzuwenden und in dem ziemlich unangefochten in seinen Händen ruhenden Besitz eine einheitliche Verwaltung herzustellen. Reiche Mittel zersplitterte es in unfruchtbaren Unternehmungen, während es versäumte, in der Heimat, wo solide Macht zu erlangen war, seinen Haushalt zu ordnen. Nach der Vertreibung der Türken von Wien (1683), der Eroberung Ungarns und Siebenbürgens wäre für ein Jahrhundert innerer Kolonisation gesorgt gewesen; hier waren staatswirtschaftliche Aufgaben zu lösen, die glänzenden Lohn verhießen. Offen lagen vor den kaiserlichen Heeren die Balkanländer, unter günstigen Voraussetzungen rasch zu erobern.

Und schon schien sich das alles in dem eben skizzierten Rahmen abzuspielen. 1697 erfocht der von Ludwig XIV. verschmähte petit abbé Prinz Franz Eugen von Savoyen-Carignan, seit 1696 mit dem Oberbefehl auf dem ungarischen Kriegsschauplatz betraut, den glorreichen Sieg bei Zenta und wagte dann den berühmten Ritt nach Sarajevo. So wurde der Savoyer der erste richtige Österreicher. Aber auf den viel versprechenden Frieden von Karlowitz (1699) folgte schon 1700 der Tod des spanischen Habsburgers, König Karls II., der die deutsche Linie des Hauses von neuem in Welthändel ablenkte und im Spanischen Erbfolgekriege beschäftigte. Dieser brachte zwar dem „letzten Ritter" neuen Kriegsruhm ein, hielt ihn aber gleichzeitig von der schon 1698 geplanten Eroberung Belgrads fern. Erst als nach den Friedensschlüssen

von Utrecht, Rastatt und Baden (1712—14) abermalige Erfolge der Türken in der Morea mit Venedigs Zurückdrängung einen neuen Vorstoß des Halbmonds die Donau hinauf in nahe Aussicht stellten, da drang Prinz Eugen mit seiner genialen Politik: eine Erwerbung Bosniens und Serbiens sei als nächstliegendes Ziel der Habsburger ins Auge zu fassen, beim Kaiser durch. Peterwardein (1716), Belgrad (1717) und Poscharevaz (einst: „Passarowitz", 1718) waren ihre Merktafeln.

Leider galt das nur für kaum zwei Jahrzehnte. Durch den vom Zaune gebrochenen Türkenkrieg von 1737 gingen Belgrad und Bosnien wieder verloren. Den Rest besorgte die törichte Politik des Grafen Kaunitz, der der Kaiserin Maria Theresia eine Wiederaufnahme der ungarischen Ausdehnung abriet und die geographisch gegebene Entfaltung des österreichischen Staats durch den Riesenkampf mit Friedrich II. von Preußen um mehrere Jahrzehnte hintanhielt. Erst Kaiser Joseph II. erkannte die Richtung nach dem Südosten wieder als wichtig und bewies durch seinen Bund mit Rußland (zu Mohilew und St. Petersburg) zur Verdrängung der Türken, sowie durch seine Absichten auf Albanien, Montenegro und Serbien einen echt staatsmännischen Zug. Freilich war diesmal kein Prinz Eugen zur Stelle, der dem Wollen zum Erfolge verholfen hätte.

Und so blieb Österreich-Ungarns Orientpolitik steril ein Jahrhundert lang, bis auf Graf Julius Andrássy den Älteren. Indem er sich, nüchtern und realdenkend, Deutschland wie Italien gegenüber auf den Boden der durch 1866 geschaffenen Lage stellte, bekam er die Hände frei für balkanische Aufgaben. Letztere gipfelten in der Zurückdrängung des russischen Einflusses am Balkan; wenn nötig, unter Verletzung des status quo, soweit es die Türkei betraf. Die Stationen auf diesem Wege waren: die Reichstadter Konvention vom 8. Juli 1876, die ebenfalls geheime Abmachung mit Rußland vom 15. Januar 1877, die „Convention additionnelle" vom 18. März 1877 und der Berliner

Vertrag von 1878. Die wesentlichsten Errungenschaften dieser Abmachungen nach der Niederlage der Türkei waren für Österreich-Ungarn: (1876) Teile von Bosnien, dem Sandschak Novibazar und der Herzegowina; (1877) Bosnien und Herzegowina ohne den Sandschak, Grenze der österreichisch-ungarischen Einflußsphäre eine Linie, die vom Timok über Serbien hinaus bis zum Wardar und zur Aegäis (Salonikis Zugehörigkeit blieb strittig) reichen sollte; (1878) Okkupation Bosniens und der Herzegowina im Auftrage der Mächte. Sie waren aber als ein Provisorium zu betrachten nach dem in letzter Stunde abgetrotzten Geheimabkommen mit den türkischen Vertretern vom 13. Juli; im Sandschak dauert die osmanische Verwaltung weiter, während sich Österreich-Ungarn das Recht auf Garnisonen und Straßenbauten vorbehält.

Treffend hat Th. v. Sosnosky (Balkanpolitik II, 379 f.) als Ursache der auffallenden Lähmungen, an denen Österreich-Ungarns Balkanpolitik seit Kálnokys Ministerschaft litt, die Sorge vor einem Konflikt mit Italien gekennzeichnet. Aber dort und auf S. 86 desselben Bandes tut er Bismarck unrecht, wenn er meint, der Kanzler habe im Einverständnisse mit Crispi dem dritten Bundesgenossen „das Netz über den Kopf geworfen". Gemeinhin nimmt man an, Ährenthals Entschluß vom 5. Oktober 1908, die bloße Besetzung Bosniens in eine förmliche Einverleibung zu verwandeln, habe die eugenische Politik von einst vollendet und bedeute eine glückliche Wiederkehr zu der stolzesten Balkanausdehnung verflossener Jahrzehnte. Das ist ein Irrtum: es war eine A b k e h r. Denn dazwischen liegt, was freilich zu Lebzeiten Ährenthals die Öffentlichkeit nicht wußte, der unselige Artikel VII des Dreibundvertrages von 1887. Sein Inhalt ist seit der Ausgabe des k. u. k. Rotbuches, das die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien zwischen dem 20. Juli 1914 und dem 23. Mai 1915 offenbart, bekannt. Er gipfelt in den Sätzen: „Österreich-Ungarn und Italien verpflichten sich, jede territoriale Veränderung im Oriente hintanzuhalten. . . . Sollte jedoch

die Aufrechterhaltung des status quo am Balkan unmöglich werden, so soll eine Besetzung stattfinden nur nach vorausgegangener Übereinkunft zwischen den beiden Mächten, beruhend auf dem Grundsatz einer gegenseitigen Kompensierung." Noch heute ist es meine felsenfeste Überzeugung, daß mindestens Bismarck bei dem Unterschreiben des ergänzten Dreibundvertrages, der den neuen, eigentlich bloß österreichisch-italienischen Artikel VII umfaßte, den Hauptton auf das „Hintanhalten" einer territorialen Veränderung am Balkan gelegt hat. Denn nach dem Willen seines Schöpfers sollte der Dreibund keine Erwerbsgesellschaft sein, sondern eine Versicherungsgenossenschaft auf Gegenseitigkeit. So hat auch Wien lange Jahre hindurch den Vertrag ausgelegt: lockenden Balkanwerbungen gegenüber als Negativum, als Impediens und — was namentlich Albanien anlangt — als Noli me tangere. Nur Italien hat als der begehrliche Teil das Hauptgewicht auf das Kompensieren gelegt: der geringste Vorteil, den Österreich-Ungarn am Balkan erlangen könnte, müsse unbedingt auch ihm den ersehnten Gewinn „am andern Ufer" der Adria eintragen. Seitdem untergrub als Dominante ein bedauerliches, das ganze Verhältnis vergiftendes Mißtrauen den mitteleuropäischen Bund — bis er zersprang.

Insofern ist Italiens Pfingstverrat von 1915 ungewollt zum Segen geworden: die Donaumonarchie hat damit die Befugnis zur Ausübung ihres eigentlichen Lebensberufs ohne lästige Fessel zurückerhalten. Sie hat davon bereits aktiv Gebrauch gemacht. Durch den serbischen Feldzug im dritten Drittel des Jahres 1915 sind die Bulgaren zu unmittelbaren Nachbarn Österreich-Ungarns geworden. An diesem Ergebnis als einem voraussichtlich endgültigen läßt sich jetzt schon festhalten, mag auch im einzelnen die künftige Grenze längs der Morawa verlaufen oder nicht. Vielleicht wird dabei an eine programmatische Äußerung angeknüpft, die der große Andrássy einst — etwa auf der Wende von 1876 zu 1877 — zu Ernst v. Plener

getan haben soll (laut Mitteilung Pleners im österreichischen Herrenhaus am 27. Juni 1913): „Wenn wir Bosnien bekommen, so ist das ganz gut; das nehmen wir so mit. Aber das ist nicht das Ziel und die letzte Aufgabe unserer orientalischen Politik. Unsere Aufgabe geht viel weiter. Die Erwerbung Bosniens ist ein Polizeimittel, das wir benötigen, um der Aufstände an der Grenze Herr zu werden; aber das Ziel unserer Politik geht dahin, die westliche Hälfte des Balkans — ich will sie nicht erobern — dauernd unter unsern Einfluß zu bekommen."

Was Artikel VII des Dreibundvertrages verdorben hat, die Aussprachen von Monza (1897) und Venedig (1902), Abbazia und Venedig (1904 u. 1905), Desio und Racconigi, Semmering und Ischl (1907) nicht erreicht haben, was die Mürzsteger Punktation von 1903 aufgehalten und die Hergabe des Sandschaks am 5. Oktober 1908 verschüttet hat, das ist endlich vom Weltkrieg ermöglicht worden.

*

Während sich so Österreichs Südostwärtsgleiten vollzog, hatte sich innerhalb der norddeutschen Territorien zwischen Mittelgebirg und See, unter selbstverschuldeter Ausschaltung des dazu in erster Linie berufenen Sachsens, ein neuer Staat durchgesetzt: Brandenburg-Preußen. Indem sich Österreich in durchaus mitteleuropäischer Mission mit den Osmanen herumschlug, arbeitete sich, die Vorteile der zentralen Lage zielbewußt ausnutzend, aus der Mark das Zollernhaus empor. Aus Anwartschaften und Ansprüchen verstand es in zähem Ringen, das die norddeutsche Tiefebene von der Weichsel und Oder bis zur Weser und zum Rhein erfüllte, reale Macht zu schaffen: einen starken ostwestlichen Querriegel. Mitteleuropäische Aufgaben größeren Stils fielen ihm von dem Augenblick an zu, wo nach der Entscheidung über die Vorherrschaft das neue Deutsche Reich sich bildete und festigte. Kleindeutsch heißt es nicht umsonst: vom alten Mitteleuropa der Staufer oder

Luxemburger umfaßt es nur Bruchstücke. Sein bedrohlich großer Nachbarreichtum führte es bald zurück zum Bunde mit dem eben befehdeten Bruder! „wir mußten uns wieder zusammenfinden" (Bismarck am 7. April 1895 zu den Deutschen aus Graz). Und danach waren wir durch drei lange Jahrzehnte gewöhnt, in der Angliederung der Apenninenhalbinsel den „natürlichen" Abschluß moderner mitteleuropäischer Entwicklung zu erblicken. Von diesem Irrtume hat uns der Krieg geheilt, und wir ziehen uns, durch Schaden klug geworden, auf den Boden zwischen Niederrhein und Mitteldonau zurück.

* * *

Vergegenwärtigt man sich die Tatsache der fortan entschieden mehr als bisher südostwärts weisenden Orientierung nüchtern an der Hand einer Karte, dann fällt einem sofort in die Augen, daß in höherem Grad als bisher der Strich von der Mündung der Prosna in die Warthe bis zur Dreikaiserecke bei Myslowitz am meisten gefährdet sein würde. Einer derartigen Flankenbedrohung des künftigen Rückgrats der Mittelmächte mußte unbedingt vorgebeugt werden. „Hier liegen ernste Probleme künftiger Grenzziehung etwa zu schaffender Zwischenstaaten vor" (Gust. Braun). Die Lösung des Weichselbogens aus dem russischen Reichsverbande konnte auf zwei Wegen erfolgen: a) durch Einverleibung in Deutschland und (oder) in Österreich-Ungarn, b) durch Wiederherstellung Polens. Wäre schon für Deutschland das Verschlucken von so und so vielen Millionen römisch-katholischer Slaven ein sehr fraglicher Gewinn, so wäre Polens Angliederung an Österreich-Ungarn nicht nur aus begreiflichen Gründen unerwünscht, sondern auch vom Standpunkte der Donaumonarchie selbst aus, wie schon angedeutet, eine mit ihrem innern Gefüge unverträgliche Ablenkung von ihren vornehmsten Aufgaben. Darum hat man sich für die zweite Möglichkeit entschieden.

In etwas überschwenglicher, im Ganzen aber zutreffender Weise hat der Italiener Fr. Bianco in der

„Nuova Antologia“ vom 16. Dezember 1916 darüber so geurteilt: „Bei dem jetzigen weltumwälzenden Kampf um die höchsten Güter der Kultur, in dem auf politischem Gebiete durch Einführung der Staatenverbände, auf sozialem durch die kollektivistische Arbeiterorganisation das revolutionäre Freiheitsprinzip dem preußischen Autoritätsprinzip bereits erlegen ist, geht Deutschlands Bestreben dahin, seine Vormachtstellung in der Welt für alle Zeiten zu sichern. Dieses Ziel sucht es in erster Reihe durch Begründung jenes Mittel-Europas zu erreichen, dessen Entstehen die Verbandsmächte mehr als Deutschlands Siege selbst zu fürchten haben. War für diesen gewaltigen Staatenneubau die seit 1866 zum Angelpunkte der deutschen Politik gewordene Gewinnung Österreichs die unentbehrliche Grundlage, so bildet die Wiedererrichtung des Königreichs Polen dazu den krönenden Schlußstein. Wie einst Preußen zur Festigung seines staatlichen Bestandes sich Stücke des damaligen Polens einverleiben mußte, so bedarf heute die deutsche Schöpfung Mitteleuropa, um unverwundbar zu sein, für Abwehr und Angriff nach Osten einer Grenze, die sich wieder nur mit Hilfe Polens verwirklichen läßt. Von dem neuen Polen wird Mitteleuropa Leben und Macht empfangen; mit ihm steht es und fällt es. Ja, selbst wenn Deutschland seinen Feinden unterläge, aber Neupolen irgendwie erhalten bliebe, so würde dieses ihm die Möglichkeit zur Wiedererringung seiner alten Stellung geben.“

Die polnische Frage im Rahmen deutscher Kriegsziele

Am 4. August 1915 war Iwangorod, am Tage darauf Warschau besetzt worden. Über ein Jahr lang verwaltete nun Deutschland den Nordwesten Polens mit Warschau, Österreich-Ungarn den Südosten mit Lublin militärisch. Dabei setzten wir aber keine deutsche Schreckensherrschaft an die Stelle der russischen, sondern taten alles, um diese Gebiete die Qualen des Krieges vergessen zu lassen. Wie sich die „Nordd. Allg. Ztg." vom 27. Febr. 1916 im zweiten Teile der schlagenden Widerlegung der Dumarede Ssasonows vom 21. Febr. programmatisch ausdrückte, suchten „die Mittelmächte im Gegensatze zu Rußland Polen keineswegs durch leere Versprechungen zu gewinnen, sondern arbeiteten praktisch für das Wohl des Landes, soweit dies in einem von der russischen Soldateska fast vollkommen verwüsteten Gebiete möglich war. Sie sorgten für das körperliche und, soweit es geht, auch für das geistige Wohl der Polen" (Universität Warschau). Damit „hatte das Schicksal Polens aufgehört, in der Hand russischer Minister zu liegen". Aus der feierlichen Erklärung unserer Regierung: „Die Hände, denen Polen anvertraut ist, werden es vor einer Rückkehr der russischen Mißwirtschaft bewahren und von ihren Folgen innerlich wie äußerlich zu heilen wissen", wurden ehrlich die Konsequenzen gezogen. Darüber unterrichtet knapp, aber erschöpfend die Kanzlerrede vom 9. Dez. 1915.

Des Reichskanzlers große „Kriegszielrede" vom 5. April 1916 wurde dann noch deutlicher: „Unsere und Österreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen, die dem ewig unmöglichen Gedanken einer Wiederher-

polnische Frage aufrollen; das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt der Lösung. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den status quo ante kennt nach so ungeheuern Geschehnissen die Geschichte nicht. ... Das Polen, das der russische Tschinownik, noch hastig Bestechungsgelder erpressend, das der russische Kosak brennend und raubend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik an den Platz, wo inzwischen ein Deutscher, ein Österreicher, ein Pole ehrlich für das unglückliche Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen vom Prinzip der Nationalität. Wenn er das tut und wenn er sich in die Lage des unbesiegten und unbesiegbaren Gegners versetzt, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den wolhynischen Sümpfen wieder dem Regiment des reaktionären Rußlands ausliefern wird, mögen sie Polen, Litauer, Balten oder Letten sein? Nein, meine Herren, Rußland darf nicht zum zweiten Male seine Heere an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen, nicht noch einmal mit französischem Gelde das Weichselland als Einfallstor in das ungeschützte Deutschland einrichten."

*

Handelt es sich hierbei um eine Regelung, die ewige Dauer verheißen soll, dann gilt es auch, die Frage aufzuwerfen, ob man unbedingt an Bismarckschen Ansichten über Polen festzuhalten habe. Diese Frage ist zu verneinen. Mag man auch die große Rede vom 18. März 1867 schon deshalb als weniger störend empfinden, weil Bismarck dabei von dem ewig unmöglichen Gedanken einer Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 ausging, so bleibt auf alle Fälle jene berühmte Warnung bestehen,

die der Altreichskanzler am 23. September 1894 an westpreußische Besucher gerichtet hat; sie lautet:

„Nun sprechen die Polen und auch manche deutschen Polenfreunde von einem Kongreßpolen als einem Pufferstaat. Ich weiß nicht, wie diese Etappe erreicht werden sollte ohne einen Zusammenbruch aller europäischen Verhältnisse. Aber nehmen wir an, daß es ohne allzugroße Kontusionen möglich wäre, ein vergrößertes Herzogtum Warschau herzustellen, — was wäre die Folge? Es wäre ein Pfahl im Fleisch Österreichs, ein Verderben unserer neuen und, wie ich hoffe, dauernden Bundesgenossenschaft mit Österreich. Aber auch wenn unter österreichischem Regime ein Königreich Polen geschaffen werden könnte — dies ist natürlich nur eine Utopie —, so wäre es ein Unglück. Meiner politischen Überzeugung nach ist die russische Nachbarschaft zwar oft unbequem und bedenklich, aber nicht so sehr wie eine polnische. Und wenn ich die Wahl zwischen beiden habe, will ich immer lieber mit dem Zaren in Petersburg als mit der Slachta in Warschau zu tun haben."

Es war nun einmal Bismarcks Überzeugung, daß, da es keine reinliche Lösung des polnischen Problems gebe, es zweckmäßig sei, bei der Teilung zu verharren. An eine Förderung der Beziehungen Deutschlands zu Rußland lag ihm sehr viel; aber sie dauernd zu behaupten, ist selbst ihm nicht geglückt. Und nun ist tatsächlich der von ihm abgelehnte „Zusammenbruch aller europäischen Verhältnisse" eingetreten. Jetzt sind wir in der Lage des „Siegers, der ein Interesse an der Herstellung des Königreichs Polen hat; im letzteren Falle wird er es ganz sicher herstellen" ohne jede Rücksicht auf das freundliche oder unfreundliche Benehmen der polnischen Abgeordneten gegenüber der Regierung (Bismarck am 16. März 1885).

Die Erkenntnis von der russischen Gefahr

Auf die Streitfrage, ob wir in Rußland oder in England den gefährlicheren Gegner zu erblicken

haben, gehen wir hier absichtlich nicht ein; seit der Ankündigung des verschärften Unterseebootskrieges vom 31. Januar 1917 ist das kaum noch nötig. Das schafft aber nicht den unbequemen Stein des Anstoßes aus dem Wege, daß die jüngste Volkszählung in Rußland, das zudem durch die Kriwoscheïnsche Agrarreform neue Kräfte gewinnt, für 1916 die ungeheuere Ziffer von 182—183 Millionen Einwohnern ergeben hat. Das bedeutet gegen die Zählung vom 9. Februar 1897 einen Zuwachs um 51 Millionen oder eine Steigerung um 39 auf das Hundert! Das russische Volk als Ganzes nimmt jährlich um 3 Millionen zu, das deutsche um noch kein Drittel davon.

Diese in der bloßen Masse wuchtende Drohung muß irgendwie verringert werden. Darum erblickten einflußreiche Politiker Deutschlands von Anfang an in der Beschwörung der „russischen Gefahr" die vornehmste Aufgabe Hindenburgs. Sie forderten eine dauernde Schwächung des Riesenreiches von Grund aus und sprachen in solchem Zusammenhange gern vom „Entblättern der russischen Artischoke". Unterstützt ward diese Ansicht von anderen, die die Losreißung Finlands, der drei baltischen Provinzen, Litauens, Polens, Beßarabiens heischten und allenfalls, wegen der bitteren Erfahrungen, die Österreich mit der Revolutionierung der Ruthenen gemacht hatte, von einer Befreiung der Ukraine — vorläufig — Abstand nahmen. Vielleicht erinnerte man sich an Moltkes Wort von 1856: „Kein Teil Rußlands kann ohne den anderen bestehen: der waldreiche Norden nicht ohne den kornreichen Süden, die industrielle Mitte nicht ohne beide, das Binnenland nicht ohne die Küste, nicht ohne die große gemeinsame Wasserstraße der 400 Meilen schiffbaren Wolga." Dazwischen ist trotz aller Buntscheckigkeit der russischen Nationalitäten die Wucht der inneren Einheit des Riesenreiches durch die Eisenbahnen nur verstärkt worden. Wollte man also den opfervollen und kostspieligen Versuch wagen, ihm die besten Extremitäten weg zu amputieren (daß er gelingen mag, ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen),

so müßte man todsicher mit einer baldigen Kraftanstrengung des russischen Restes rechnen, die unentbehrlichen Erze und Kohlen, die Schätze an Salz und Korn, die allein das Donezbecken birgt und erzeugt, sowie das Luft und Licht zuführende Fenster nach der Ostsee um jeden Preis zurückerobern. Solche Erwägungen, die keineswegs bloße Theorien sind, warnen vor einer Überspannung des Bogens.

Bleiben wir bei der Politik des Erreichbaren! Das geschieht, wenn es uns gelingt, zwölf Millionen Polen, deren Gesicht seit einiger Zeit intensiver denn je ostwärts gekehrt war, sozusagen herumzudrehen und nach Westen zu richten; wobei einschaltungsweise an Heinr. Heines Wort erinnert sei: „Polen liegt zwischen Rußland und — Frankreich." Die Frage lautet also keineswegs: Wie leisten wir den Polen einen Dienst? sondern einzig und allein: was müssen wir angesichts der russischen Gefahr für Deutschland tun? Um so besser wenn wir durch Trennung Polens von Rußland nicht nur unsere eigene Stellung stärken, sondern auch den Polen nützen! Die Polen mit verantwortlich machen für die europäische Kultur!

Für eine solche Lösung war, selbst mitten im Kriege, kein Tag zu früh. Jeder weitere Aufschub hätte wahrscheinlich das auf beiden Seiten vorhandene, mehr oder weniger berechtigte Mißtrauen geil ins Kraut schießen lassen. Große Zeiten heischen großzügiges Denken. „In der auswärtigen Politik gibt es Momente, die nicht wiederkommen" (Bismarck am 3. Febr. 1866); die Politik der verpaßten Gelegenheiten durfte um kein neues Blatt vermehrt werden. Diesem historischen Zwange wird sich schließlich auch der abgeneigteste Pole beugen.

Der Entschluß des Reichskanzlers

So ungefähr hatten sich im Laufe des Herbstes 1916 die Gesichtspunkte und Beweggründe gestaltet, von denen die deutsche Reichsregierung bei der Wiedererrichtung eines selbständigen polnischen Staa-

tes ausging. Und der Kanzler handelte, ohne daß der Reichstag um seine Meinung hierüber befragt worden wäre. Daß damit einem Kriegsziele von ausschlaggebender Bedeutung präjudiziert war, läßt sich nicht leugnen; die selbstherrliche Form der Lösung verstimmte auch da, wo das Ergebnis als solches begrüßt wurde. Allerdings ist das preußische Staatsministerium noch vor den letzten Stadien des für die innere Politik Preußens außerordentlich wichtigen Entschlusses bis zu einem gewissen Grade gehört worden; ob, wie man sagt, mehrere Staatsminister Bedenken geäußert haben, ohne damit durchzudringen, das entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Genug: die Besorgnis, daß bei einer Erörterung aller Für und Wider durch die berufenen Vertreter des Volkes etwa der brave Bundesgenosse Österreich-Ungarn, der bei den Vorverhandlungen wohl Schwierigkeiten gemacht hatte, verletzt werden könnte, hätte ebensowenig den Ausschlag geben dürfen, wie die nachträgliche Berufung auf den unglücklichen Verlauf der Polendebatten im preußischen Abgeordnetenhaus (am 20. Nov. 1916 und am 19. Jan. 1917), über den das feindliche Ausland mit Behagen, das neutrale mit Befremden quittierte.

Der erste Pole, der im preußischen Parlamente der Wiedererrichtung Polens als selständigen Königreichs ehrliche Worte warmer Anerkennung widmete, war der greise Fürst Radziwill. Bei der allgemeinen Beratung des Staatshaushaltsplans in der 18. Sitzung des preußischen Herrenhauses vom 28. März 1917 gab er folgende Erklärung ab: „Die Manifeste vom 5. November 1916, welche gleichzeitig namens beider erhabenen Monarchen, Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, unseres regierenden Herrn, und weiland Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph von Österreich, Königs von Ungarn, feierlich proklamiert worden, legen es bezüglich der Inaussichtnahme eines selbständigen polnischen Staates nahe, in kurzen Worten in diesem Hohen Hause vorübergehend sie zu erwähnen, da die Etatsberatung zu allgemeinen poli-

2*

tischen Besprechungen Gelegenheit gibt. Die Manifeste sprechen unserer Auffassung nach unzweideutig die politische Ansicht aus, daß eine Nation wie die polnische, im Herzen Europas lebend, nach ihrer geschichtlichen Vergangenheit, ihrer ethnographischen Ausdehnung, wie nach dem Maße, in welchem sie nach über ein Jahrhundert zurückliegendem Verlust staatlicher Unabhängigkeit an allen zivilisatorischen Werken der Menschheit lebendigen Anteil genommen hat, eine eigene Stelle unter den Staaten Europas wiederfinden sollte. Und so wird das Wort des Apostels im Herzen des polnischen Volkes nachklingen: quasi morientes et ecce vivimus!

Zwar sind die Grenzen des neuen Staates nach Osten hin noch nicht festgelegt, aber für ihn selbst ist durch Einsetzung eines Staatsrates der Grund gelegt worden. Diesen Gedanken der Manifeste dürfen wir mit Dank und Anerkennung und in Hoffnung und Zuversicht begrüßen. Aus ihm folgt logisch: das neue Staatsgebilde muß stark und lebenskräftig genug sein, um in Zukunft zum Frieden Europas beitragen zu können.

Und wir glauben gleichzeitig annehmen zu dürfen, daß die kaiserlichen Manifeste auf eine gerechte innere Politik Preußens ihren Staatsangehörigen polnischer Nationalität gegenüber die gebührende Rückwirkung bringen wird. Die Politik, welche auf der absoluten Verkennung der nationalen Rechte und kulturellen Bedürfnisse basierte, das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zum preußischen Staate durch Ausnahmegesetze und administrative Beschränkungen vergiftete, wird auf die Dauer nicht von Bestand sein können. Sie verschuldete auch gelegentlich Äußerungen von polnischer Seite, die bedauerlich wirken konnten. Nur auf dem Boden vollkommener, bürgerlicher Gleichberechtigung wird das so sehr wünschenswerte harmonische Verhältnis der polnischen Bevölkerung zum Staat und zu ihren deutschen Mitbürgern erreicht werden können.

Daß Fürst Radziwills Hoffnung auf eine Nach-

prüfung der innerpreußischen Polenpolitik begründet war, bewies die wohlwollende Aufnahme seines Bekenntnisses durch die Staatsregierung. Minister Paul v. Breitenbach gab Preußens Geneigtheit zu greifbarem Entgegenkommen in absehbarer Zeit mit folgenden Worten kund: „Im Abgeordnetenhaus hat die preußische Regierung wiederholt ausgesprochen, daß sie die von den preußischen Staatsbürgern polnischer Zunge als unbequem und lästig empfundenen gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen einer Nachprüfung unterziehen werde, obwohl ihr das Festhalten an diesem Standpunkt durch Angriffe wie die des Abgeordneten Korfanty nicht leicht gemacht wurde. Die Ausführungen des Fürsten Radziwill begrüßt die Regierung deshalb mit Genugtuung. Daraus klingt doch ein anderer Ton. Fürst Radziwill hat den Wert des Manifestes vom 5. November 1916 richtig eingeschätzt und scheint sich der Leistungen Deutschlands für die Polen in diesem Weltkrieg voll bewußt zu sein. Sein Schlußwort betrachte ich als offenes Bekenntnis zum preußischen Staat.

Die preußische Staatsregierung hat ihren Standpunkt, das gegenüber den polnischen Staatsangehörigen für nützlich erachtete Entgegenkommen erst nach dem Kriege zu betätigen, wegen der nicht vorauszusehenden langen Dauer des Krieges und wegen der Veränderungen der polnischen Verhältnisse innerhalb und außerhalb unserer Grenzen verlassen. Die wertvollen Anregungen und Fingerzeige des Herzogs von Trachenberg (Fürsten Hatzfeldt) über unsere künftige Politik werden auf einen fruchtbaren Boden fallen. Die Regierung ist bereits in Erwägungen über die Aufhebung des Enteignungsgesetzes sowie über Erleichterungen für den Gebrauch ihrer Muttersprache durch die Polen eingetreten. (Beifall.) Selbstverständlich muß im Gebiet der Ostmark die Förderung und Festigung deutscher Ansiedler auch weiterhin unsere Aufgabe sein. Zugleich wird erwogen, durch eine entsprechende Handhabung des § 13 b des Ansiedlungsgesetzes und Gewährung von finanziellen

Die historische Tat

Am 5. November 1916 verkündigten der Kaiserlich Deutsche Generalgouverneur in Warschau, General der Infanterie von Beseler, und der K. u. K. Militär-Gouverneur in Lublin, Feldzeugmeister Kuk, folgendes Manifest:

„*An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau (Lublin)!*

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Österreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin überein gekommen, aus diesen Gebieten einen *selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung* zu bilden. Die genauere Bestimmung der *Grenzen* des Königreichs Polen bleibt *vorbehalten*. Das neue Königreich wird *im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte* die Bürgschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer *eigenen Armee* sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird *in gemeinsamen Einvernehmen* geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr *unter gebotener Rücksichtnahme* auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer *eigenen* Länder und Völker erfüllen werden.

Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden neu erstehen und aufblühen sehen.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers (des Kaisers von Österreich und Apostolischen Königs von Ungarn).

Der Generalgouverneur."

Während die Versammlung im Königs-Schlosse zu Warschau die Verlesung der Proklamation mit „ehrerbietigem" Schweigen quittierte, wurden beim Vortrage der polnischen Übersetzung erst vereinzelt, dann lebhafter Beifallsrufe laut. Der Warschauer Staatsverordnetenvorsteher und Hochschulrektor Dr. v. Brudzynski dankte mit folgender Rede:

„Wir empfangen diese feierliche Kundgebung der beiden verbündeten Monarchen, durch welche unsere niemals verjährten Rechte auf eine unabhängige staatliche Existenz anerkannt und bestätigt werden, in der festen Überzeugung, daß deren Inhalt, von aufrichtigem Wohlwollen getragen, bald zielbewußt verwirklicht wird. Die wesentlichste Gewähr dieser Verwirklichung würden wir in der Berufung eines Regenten als des Symbols der polnischen Staatlichkeit sowie eines vorläufigen Staatsrats erblicken bis zu dem Augenblicke, wo der König von Polen an die Spitze des endgültig organisierten und in seinen Grenzen festgelegten polnischen Staates treten wird. Wir sind davon überzeugt, daß die Gemeinschaft der staatlichen Interessen, welche die Zentralmächte und das Königreich Polen verbinden, zwischen ihnen feste freundnachbarliche Beziehungen begründen und auf diese Weise allen Angehörigen unseres Staates günstige Bedingungen für die Entwicklung unseres nationalen Lebens schaffen wird.

Euere Exzellenz bitten wir nunmehr, den beiden hochherzigen Monarchen den Ausdruck unseres festen Glaubens an die gedeihliche Verwirklichung ihres

Willens zu übermitteln und ihnen unsere tiefgefühlte Dankbarkeit auszudrücken.

Es lebe ein freies und unabhängiges Polen!"

Nachdem ungezählte Hochrufe auf das befreite Polen den Saal durchbraust hatten, ergriff General von Beseler noch einmal das Wort zu einer nachdrucksvollen Ansprache. Der trübe Zweifel, was aus Polen werden solle, dürfe nun keinen Raum mehr finden; ein neues großes Ziel sei den Polen gesteckt, der Aufbau ihres künftigen Staates. „So treten Sie denn vertrauensvoll an unsere Seite — so, wie auch wir Ihnen unser Vertrauen entgegenbringen, um den Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen und in gemeinsamer Arbeit den festen Grund zu legen für das polnische Königreich, in dessen Geburtsstunde wir heute stehen. Möge es sich als ein starkes Glied in den Bund der Staaten Europas einfügen, die durch die gleichen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Interessen miteinander verbunden und aufeinander angewiesen sind. Das Wort der erhabenen verbündeten Monarchen verbürgt Ihnen Ihre Zukunft. Der polnische Staat ersteht, und bald wird — so hoffen wir — ein polnisches Heer, das sich aus freiem Willen um seine Fahnen schart, das Symbol staatlicher Selbständigkeit, zu seinem Schutze bereitstehen." Alles Glück für das neue Königreich Polen! das war der Wunsch, in dem der Generalgouverneur seine Ansprache ausklingen ließ.

Welcher Wandel seit dem Königlich preußischen Patente vom 13. September 1772, womit den „Ständen und Einwohnern der Lande Preußen und Pommern, welche die Krone Polen bisher besessen hatte, sowie der Distrikte von Großpolen diesseit der Netze" die Erbhuldigung anbefohlen worden war! Da hatte Friedrich gesagt, er sei nicht schuldig noch gemeinet, ein seinem Königlichen Kurhaus angetanenes Unrecht länger zu dulden; wobei er hoffe, daß die Republik Polen sich von selbst bedenken und sich hiernächst geneigt finden lassen werde, sich in der Güte darüber mit ihm zu setzen. Falls aber jemand Widerstand zu tun

sich unterfangen sollte, der habe sich ohnausbleiblich zu gewärtigen, daß er mit den in dergleichen Fällen üblichen Strafen ohne Ansehung der Person verfahren lassen werde. Selbst wer ein guter Teil dieser Schroffheit dem aufgeklärten Despotismus jener Tage auf die Rechnung zu schreiben geneigt ist, wird den entgegenkommenden Ton des Manifests von 1916 vorbildlich wohlwollend nennen und anerkennen müssen, daß im Laufe von zwölf mal zwölf Jahren in der Behandlung kriegerisch Unterworfener unleugbar große Fortschritte gemacht worden sind.

Die unmittelbare Vorgeschichte

Das Vertrauen der Polen wiederzugewinnen und das neu emporkeimende zarte Pflänzchen gegenseitigen Verstehens zu fröhlichem Gedeihen zu bringen, dazu wäre in der Tat die rauhe Sprache des Eroberers so ungeeignet wie möglich gewesen; das hatte man schon während der monatelangen Vorverhandlungen und Fühler erkannt. Das meinte wohl auch D. Friedrich Naumann in seiner Reichstagsrede vom 11. Oktober 1916, als er sagte: „Nach mehr als hundertjähriger Erstarrung regt sich in den von unseren und den österreichischen Truppen besetzten russisch-polnischen Gebieten ein geschichtlicher Frühling, den wir als Deutsche verstehen und mit unseren Wünschen begleiten, da auch wir selbst in unserer historischen Vergangenheit den Druck eines gesinnungsfremden Auslands häufig genug erfahren haben. Die Polen gehören im Gegensatz zu den Russen zur westlichen Kulturgemeinschaft, was schon in ihrer Zugehörigkeit zur römischen Form des Christentums seinen Untergrund hat. Als Deutsche müssen wir die Sorgen dieser uns benachbarten Nation auch unsere Sorge sein lassen, und müssen auf diese Weise tatkräftig und praktisch, wenn es geht, in besserer Weise das erfüllen, was England behauptet, gegenüber den kleineren Nationen erfüllen zu wollen." Der Schwierigkeiten jedoch gab es, obwohl Rußlands Kurzsichtigkeit die Polen nur mit dem papiernen Auf-

rufe des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch vom 14. August 1914 und den leeren Versprechungen Goremykins vom 1. August 1915 abgespeist, aber keineswegs befriedigt hatte, eine schwere Menge, selbst im beschränkten Kreise der Eingeweihten, die auf Grund der Verträge zu Posen, Kattowitz und Teschen vom 10 Januar, 22. April und 14. Dezember 1915 in Besprechungen zu Berlin, Wien und in den Hauptquartieren die Richtlinien festlegten. Auch dann, als man endlich entschlossen war, irgend einen Anfang zu machen, stellten sich im letzten Augenblicke Steine in den Weg, die hinwegzuräumen große Mühe kostete. So mußte die Lösung, die schon auf den 20. August 1916, dann — nach dem Empfang einer 7-gliedrigen Polenabordnung durch den Kanzler am 28. Oktober, worüber der amtliche Telegraph erst am 7. November berichten durfte — auf den 29. Oktober als unmittelbar bevorstehend verkündet worden war, beide Male vertagt werden.

Dazwischen machte jedoch der Ruf der polnischen Mehrheit „Los von Rußland!", der sich am 3. Mai 1916 gelegentlich des Festes zur Erinnerung an die letzte Verfassungsreform von 1791 und am 5. August bei der Feier zum Andenken an die letzte polnische Nationalregierung von 1863 nur erst schüchtern hervorgewagt hatte, willkommene Fortschritte. So wurde am 3. September 1916 in einer von annähernd 5000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung zu Warschau, an der die namhaftesten politischen Führer teilnahmen, folgende Resolution gefaßt:

„Der einzige Feind des polnischen Staatswesens und der Gegner der Wiederherstellung des polnischen Staates ist jetzt nur Rußland. Ein Sieg Rußlands würde unsere Nationalität mit Vernichtung bedrohen; die Niederlage Rußlands ist die erste unentbehrliche Bedingung für die Zukunft Polens. Jede politische oder militärische Konjunktur, welche die Kräfte Rußlands im jetzigen Völkerkriege vergrößert, ist für die polnische Sache schädlich. Die Lage verlangt unserseits einen energischen Kampf für unsere nationale Zu-

kunft. Darum wenden wir uns an die Mittelmächte mit dem Wunsch, alsbald den polnischen Staat zu proklamieren und uns die Bildung einer polnischen Armee zu ermöglichen, die noch in diesem Kriege gegen Rußland für Polens dauernde Unabhängigkeit kämpfen soll."

Rußland, das seit der Abhalfterung Ssasonows durch Stürmer am 15. Juli 1916 für die Polen nichts mehr übrig hatte, tat, als ob es von dem allen gar nichts merke; trotz dringender Beschwörungen in so angesehenen Zeitungen wie den „Rußkija Wjedomosti", dem „Rußkoje Slowo", der „Nowoje Wremja" (!), den „Birshewija Wjedomosti" und den Ententeländern ringsum. So riskierte Armando Zanetti, damals in Petersburg, im „Giornale d' Italia" vom 16. September 1916 (ähnlich Labriola in der „Roma" vom 30. September) einen Appell an die Ratgeber des Zaren, Polen sei ein internationales Problem, indem er folgendes ausführte:

„Es liegt in Italiens und Frankreichs wie in Rußlands Interesse, daß Polen nicht in den Machtkreis der Austro-Deutschen falle, daß die Mittelmächte sich nicht durch Polen verstärken, da sie sonst ein Übergewicht in Europa erlangen würden. Polen, das treu zu Rußland als dem einzigen Lande, das ihm die nationale Einheit verschaffen kann, hält, hat nachgerade ein Recht darauf, daß die ihm gemachten Versprechungen gehalten werden. Dies sei hier gesagt, nicht weil man am Wort des Zaren zweifelte, sondern weil in russischen bureaukratischen Kreisen ohne jeden Grund Vorurteile und Empfindlichkeit herrschen. Rußlands Bundesgenossen haben zwar bei Erörterung des vom russischen Ministerium ausgearbeiteten polnischen Plans nicht mitzureden. Aber sie wissen, daß ein mit ungenügenden Reformen abgespeistes Polen nicht den Zielen des internationalen Gleichgewichts, für die sie an Rußlands Seite kämpfen, entsprechen würde; denn ein solches Polen würde ein Element der Schwäche für Rußland sein und somit gegen die gemeinsamen Interessen verstoßen. Daß so

die Frage der polnischen Autonomie ein Problem des internationalen Interesses ist, haben der Zar und Ssasonow von Anfang an völlig eingesehen. Wir haben auch allen Grund zu glauben, daß es ebenso die gegenwärtigen Leiter der russischen Politik begriffen haben."

Diese Vermutung traf nicht zu: Rußland blieb stumm. Zwar teilten die „Rußkija Wjedomosti" in ihrer Nummer vom 9. September 1916 mit, der Führer der Polen im russischen Reichsrate, Graf S. J. Wielopolski, sei vom Ministerpräsidenten Stürmer zu einer Unterredung eingeladen worden, die anderthalb Stunden lang in französischer Sprache geführt worden sei. Stürmer habe dabei dem polnischen Grafen mitgeteilt, es sei bei dem letzten Aufenthalt des Ministerpräsidenten im Hauptquartier des Zaren beschlossen worden, einen Akt über die künftige Regelung der staatlichen Grundlagen des Zarentums Polen zu erlassen. Eine Erklärung der Regierung darüber stehe in den allernächsten Tagen bevor. Der Gesichtspunkt der russischen Regierung unterscheide sich nur sehr wenig von den Ansichten der Polen; die Abweichungen seien ganz unwesentlich und beträfen nur Einzelheiten. Aber damit war nicht nur die Unterredung, sondern auch die Tätigkeit der russischen Regierung in dieser Sache erschöpft.

Die Polen jedoch gingen auf dem einmal beschnittenen Wege rasch vorwärts. Zwei weitere Versammlungen zu Warschau am 17. und 18. September 1916 sowie eine zehn Tage später zu Petrikau abgehaltene Zusammenkunft der Freunde Österreichs lehrten, daß die russisch orientierten Nationaldemokraten, die Realisten und kleinere Fortschrittler-Gruppen gegen die österreichisch gesinnte Liga der polnischen Staatlichkeit, den Deutschland zugeneigten Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens, das Zentrale Nationalkomitee (das den Nationalen Arbeiterbund, die Polnische sozialistische Partei, den Polnischen Volksbund, den Unabhängigkeitsbund und den Bund der Patrioten umfaßt) und den Zentralen

nationalen Bauernbund nicht mehr aufkommen konnten. Alle diese Vereinigungen *) waren durchdrungen von der Überzeugung: ein Sieg Rußlands führt zum endgiltigen Zusammenbruche der polnischen Freiheit; Polens Auferstehung kann nur von einer Niederwerfung Rußlands ausgehen. Diese Anschauung setzte sich immer mehr durch und lechzte je länger desto stürmischer und inbrünstiger nach Erfüllung wenigstens eines greifbaren Teils der nationalen Hoffnungen. Man erwartete durchaus nicht alles von der Hilfe der siegreichen Mittelmächte oder vom Friedenskongresse, sondern war, wie namentlich Zygmunt Makowiecki und Wladyslaw Studnicki am 3. September erklärten und die führenden Zeitungen im Anschluß an ihre Berichte über die Versammlung einhellig forderten, aufrichtig bereit und von der Notwendigkeit durchdrungen, ein eigenes Heer zu schaffen und Blutopfer zu bringen. Polen will sich seine Freiheit mit verdienen; keine Unabhängigkeit ohne tätige Teilnahme am Kampfe! Jetzt oder nie!

Die Bedeutung der Tat

Daß unsere Feinde diese für sie sehr fatale Wendung so auslegten, als ob die Mittelmächte die Wiederherstellung Polens nur als Vorwand und Aushängeschild für die verhältnismäßig mühelose Gewinnung einer halben Million Rekruten benutzten, war nicht zu vermeiden. Als unmittelbar vor der Verkündung der befreienden Tat General von Beseler auf Belvedere die deutsche, polnische und neutrale Presse empfing, äußerte er: „Wenn unsere Gegner sagen sollten, die Deutschen brauchen eben Soldaten, so ist das Nebensache, obwohl Polen immer ein altes Soldatenland gewesen ist. Hauptsache ist uns das große politische Er-

*) Einen glänzenden Überblick über die äußerst verwickelten Parteiverhältnisse Polens vor und nach dem 5. November 1916 bieten die von der Presseabteilung des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement Warschau seit März 1917 herausgegebenen „Warschauer Tafeln".

eignis, das Osteuropa in ein ganz anderes Verhältn zu den uns vom Osten bedrohenden Mächten setze wird. Ähnlich bekannte Ende März 1917 am zweite Verhandlungstage der von der Staatsratsabteilung fü Inneres einberufenen Landestagung zu Warscha Oberst Sikorski: „Es wurde bei uns das falsche Ge rücht verbreitet, daß die Notwendigkeit einer pol nischen Armee das einzige Motiv für die Proklamie rung des polnischen Staates gebildet habe. Nein, di Armee brauchen vor allen Dingen wir selbst.“ Ein drucksvoll hat vor einiger Zeit die „Wiener Arbeiter zeitung“ geschildert, wie die Angst vor der russischer Gefahr gleich einem Alpdruck das Gemüt der Be wohner Österreich-Ungarns dauernd belastete und wie man in der Donaumonarchie aufatmen würde, wenn die russische Grenze ein gehöriges Stück weiter nach Osten hinausgeschoben würde. In seinen „Politischen Problemen des Weltkrieges“ hat R. Kjellén dies in die Worte gefaßt: „Wir betrachten die Karte noch einmal und beobachten jetzt, daß die tschechischen und serbo-slovenischen Flügel der slavischen Rasse wie zwei ausgestreckte Arme bis in die Alpen, die Mitte Europas, hinübergreifen. Das bedeutet, daß hinter der Gefahr für Österreich noch mehr als nur eine Gefahr für die Türkei und Deutschland lauert, nämlich eine *Gefahr für Europa*. Ein russischer Einfluß bis nach Danzig, Prag und Triest würde Westeuropa unter einen Druck versetzen, der kaum auf die Dauer auszuhalten wäre.“ Hinter ihrer eigenen Sache haben die Mittelmächte auch die Europens zu verteidigen. Der Panslavismus, der als jugoslavisches Gespenst verdientermaßen sogar die Italiener als „Beherrscher der Adria“ beunruhigt, erhält damit nach der peinlichen Erfahrung mit Bulgarien den zweiten Todesstoß. Polen dagegen, bis auf rund 170 000 Seelen, die in zwölf russischen Gouvernements leben, unter dem Banner „Mitteleuropa“ geeint, nimmt die Rolle, die es in früheren Jahrhunderten als Bollwerk westlicher Kultur tapfer und nicht erfolglos gespielt hat, unter günstigeren Vorzeichen von neuem auf.

Galiziens Sonderstellung

Gleichzeitig mit der Wiederherstellung Kongreßpolens wurde Galizien mit neuen Freiheiten ausgestaltet. Unterm 5. November 1916 veröffentlichte die „Wiener Zeitung" folgendes Handschreiben Kaiser Franz Josephs:

„Lieber Dr. von Koerber!

Im Sinne der von mir mit Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser getroffenen Vereinbarungen wird aus den von unseren tapferen Heeren der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten ein selbständiger Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung gebildet werden. Bei diesem Anlasse gedenke ich bewegten Herzens vieler Beweise der Hingebung und Treue, die ich im Laufe meiner Regierung seitens des Landes Galizien erfahren habe, sowie der großen und schweren Opfer, die dieses Land im gegenwärtigen Kriege, dem heftigen feindlichen Anprall ausgesetzt, im Interesse der siegreichen Verteidigung der östlichen Reichsgrenzen zu bringen hatte und die ihm den dauernden Anspruch auf meine wärmste vaterländische Fürsorge sichern. Es ist daher mein besonderer Wille, in dem Augenblick, in welchem der neue Staat zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung auch dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklang steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten. Indem ich Ihnen diese meine Absicht kund tue, beauftrage ich Sie, zu ihrer gesetzmäßigen Verwirklichung geeignete Vorschläge auszuarbeiten und mir vorzulegen."

Es verdient festgehalten zu werden, daß Ministerpräsident Ernest v. Koerber am Abende des 4. Novembers einer Abordnung des ukrainischen Partei-Ver-

bands ausdrücklich erklärt hat: er habe die Angelegenheit bei seinem Amtseintritt bereits als vollzogene Tatsache vorgefunden. Ihr Ursprung ist also auf den (am 21. Oktober 1916 ermordeten) Grafen Stürgkh zurückzuleiten, der seinerzeit wiederholt — so Mitte September 1915 und noch am 10. Oktober 1916 — die Erhebung Ostgaliziens zu einem besonderen Kronland in Aussicht gestellt hatte.

Von den im Handschreiben zuletzt angedeuteten „geeigneten Vorschlägen" ist bis jetzt (August 1917) nichts bekannt geworden; was nicht zu verwundern ist, da der Tod des greisen Kaisers am 21. November 1916 und die daran sich knüpfenden häufigen Ministerwechsel in Österreich jene galizische Sonderaufgabe in den Hintergrund drängen mußten. In welcher Richtung sich ihre Erfüllung bewegen würde, läßt sich leicht voraussagen, seitdem unter dem Einflusse des russisch-loyalen Marquis Wielopolski auch in Galizien die ihre Loyalität gegenüber dem Kaiser beteuernden Polen die Mehrheit und die Herrschaft erlangt haben (1866 Huldigungsadresse, 1871 Ministerium für Galizien). Aber Greifbares haben sie noch nicht zu verzeichnen. Doch dürfte sich ihr Unmut von dem Augenblick an heben, wo — wie es um den 20. Mai herum hieß — Erzherzog Karl Stephan zum Regenten Polens berufen werden sollte.

Begreiflicherweise beklagen die 3½ Millionen Ruthenen Galiziens diese Entwicklung mit ungeheucheltem Mißvergnügen; mag auch ein Wiener halbamtlicher Kommentar zu dem Kaiserlichen Handschreiben frohlocken: „Der tiefe Eindruck, den es in Galizien hervorzurufen geeignet ist, wird zweifellos einen mächtigen Impuls für das Land bilden, den durch den unmittelbaren Anreiz des Weltkrieges herbeigeführten Rückschlag in der Hoffnung auf eine gedeihliche Zukunft um so rascher zu überwinden und damit auch die Grundlage für ein Einvernehmen zwischen den beiden das Land bewohnenden Volksstämmen zu schaffen." Die Ruthenen glauben nun einmal nicht daran. Ihre Reichsrats-Abgeordneten

und Herrenhausmitglieder vereinigten sich zu einer „Ukrainischen parlamentarischen Vertretung". Diese forderte unterm 8. November 1916 eine Zweiteilung Galiziens und einen ukrainischen Landtag für das ukrainische Land im Rahmen Österreichs unter schroffer Verwerfung der Sonderstellung Galiziens und der polnischen Automonie auf galizischem Boden. Der Konflikt ist noch ungelöst. Jedenfalls werden die Polen Galiziens an den Ruthenen zeitlebens sehr scharfe Kontrolleure und Kritiker haben.

Die Einwände und Bedenken

a) Das industrielle Problem

Einer der hauptsächlichsten Einwände, die gegen einen Erfolg des „Herumdrehens" des polnischen Gesichts von Osten nach Westen erhoben zu werden pflegen, ist der, daß die junge polnische Industrie damit zum Hungertode verurteilt sei. Seitdem 1851 die Zollgrenze zwischen Rußland und dem Weichsellande gefallen war, hatte sich die durch Deutsche geschaffene, durch belgisches und französisches Kapital gespeiste Industrie in Polen dadurch entfaltet, daß sie nach und nach immer beträchtlichere Teile des russischen Marktes eroberte. Diese aufnahmefreudigen Absatzgebiete im Osten würden in Zukunft wahrscheinlich zum weitaus größten Teile wegfallen — woher den Ersatz dafür nehmen? Die deutsche und die sowieso nicht besonders leistungsfähige österreichische Industrie werden sich für den neuen Wettbewerb bedanken. Demnach lägen die Aussichten der polnischen Industrie in der Tat ziemlich im Argen. Doch wird diese Trostlosigkeit einigermaßen durch die Erwägung gemildert, daß gerade der Krieg ohne Zweifel eine sehr erhebliche Zahl der polnischen Fabriken und ähnliche Anlagen von Grund aus zerstört hat, von denen man angesichts der inzwischen veränderten Verhältnisse schwerlich annehmen darf, daß man sie nach dem Frieden ungesäumt

3*

zu neuem Leben erwecken werde. Dazu kommt, daß während des Krieges gewisse Einzelindustrien Rußlands unter Ermunterung durch das System Stürmer-Tschichatschew ausgerechnet den deutschen Einmarsch in Polen dazu benutzten, die lästig gewordene Konkurrenz Polens energisch abzuschütteln. Das gilt vor allem von der Textilindustrie, die mit 38,2 v. H. der Betriebe und 46,7 v. H. der verwendeten Arbeiter weitaus an erster Stelle stand. Lodz, das allein mehr Arbeiter beschäftigte als das gesamte elsaß-lothringische Stoffgewerbe, hatte bereits Nordostrußland gewonnen und war nahe daran, sich auch im asiatischen Osten einzunisten; da kam der Krieg — nun hat Moskau—Wladimir—Petersburg von neuem die Oberhand. Es ist sehr die Frage, ob es der geschwächten polnischen Textilindustrie selbst, wenn die Wiederherstellung der Selbständigkeit Polens unterblieben und die Richtung Ssasonows wieder ans Ruder gelangt wäre, gelungen sein würde, die russischen Absatzmärkte zurückzuerobern. Ähnlich steht es mit dem Zucker und dem Holze. Jetzt gibt diesen beiden Industrien die Heeresverwaltung viel zu verdienen; das wird in absehbarer Zeit aufhören. Dann aber wird man nicht behaupten dürfen, daß allein die Tat vom 5. November 1916 blühende Industrien Polens ruiniert habe. Der Arbeiterstand wird persönlich durch das Aufhören der russischen Herrschaft mehr gewinnen als verlieren und sich zusammen mit dem jungen Mittelstande sicherlich bald in die neuen Verhältnisse finden. Eine gute Regierung wird da Wunder wirken. Über die Erwartungen, die die österreichischen Polen auf die wirtschaftliche Zukunft Polens im Zusammenhange mit der wirtschaftlichen Annäherung zwischen den Mittelmächten setzen, unterrichtet das dreibändige Werk „Ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland" von Dr. R. Frhrn. v. Battaglia, das Anfang 1917 bei Braumüller in Wien zu erscheinen begonnen hat.

Daß die Erwartung, die polnische Industrie, vor allem das Stoffgewerbe, den veränderten Verhält-

nissen nicht erliegen werde, gut begründet ist, geht u. a. aus einer Darlegung hervor, die der Volkswirtschaftler Prof. Dr. Otto von Zwiedinek-Südenhorst im März 1917 den „Warschauer Mitteilungen" hat zukommen lassen; sie lautet:

„Die Textilindustrie ist ein Gewerbezweig, in dem die Qualifikation der Arbeiter mehr als in anderen Industrien ein besonderes Schwergewicht bedeutet. Die Leistungsfähigkeit der Spinnereien wie der Webereien ist in hohem Maße von dem Vorhandensein einer Arbeiterbevölkerung abhängig, die in den verschiedenen Arbeitsverrichtungen eingelebt ist. Die Webwaren-Industrie des wichtigsten polnischen Platzes, die von Lodz und Umgebung, ist ja zwar wohl an bald 100 Jahre alt. Nimmt man aber auch nur an, daß erst seit dem Einströmen der durch die Bauernbefreiung von 1863 beweglich gewordenen agrarischen Bevölkerungsmassen in die Industrie, jene Entwicklung einer typischen Textilarbeiter-Bevölkerung einsetzte, so bedeutet das nun schon mehr als zwei Arbeitergenerationen in spezifischer Anpassung der Arbeiterschaft und damit eine Leistungsfähigkeit, die die Lebenskraft der Industrie sichert. Das ist ein Energieelement für die Zukunft. Denn selbst wo der kapitalistische Aufbau einer solchen Industrie erst wieder einsetzen müßte, würde das Vorhandensein einer textilindustriell ausgebildeten Arbeiterschaft Techniker und Unternehmer zum Wiederaufbau bestimmen.

Aber so steht es ja gar nicht in Polen. Es ist nicht nur die ausgebildete Webwaren-Arbeiterschaft vorhanden, sondern es sind auch die realen Kapitalien, die Fabriken mit ihren Einrichtungen zum allergrößten Teil als gegebene Größen einzuschätzen. Und wenn man sich nur einigermaßen überlegt, in welchem Umfange Kapitalien während des Krieges verbraucht worden sind, so kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß nach dem Kriege alles an technischen Einrichtungen, was noch einigermaßen Kapitalwert hat, d. h. zu Werte erzeugender Güterproduktion verwertet werden kann, auch tatsächlich wieder verwendet werden wird.

Polen wird über diese beiden Grundlagen der Industrie im Augenblick des Friedens verfügen."

b) Die Vergrämung Rußlands

Das zweite Bedenken gegen die Aufrichtung Polens läßt sich so formulieren: genau wie die Ausschaltung des russischen Einflusses am Balkan durch Österreich-Ungarn und Bulgarien, entfernt die Tat vom 5. November uns nicht bloß gegenwärtig von der Aussicht auf einen (Sonder-) Frieden mit Rußland, sondern wird auch dauernd jede Wiederherstellung eines modus vivendi mit dem russischen Reiche verhindern, dieses also für unerwünscht lange Zeit der englischen Todfeindschaft zur Verfügung halten. Daß der Schade, den Rußland durch den Verlust Polens politisch, geographisch und wirtschaftlich erleidet, nicht gering, sondern sogar sehr empfindlich ist, zeigt ein Blick in die Abhandlungen, die Dr. J. Daszynska-Golniska einer im Buchhandel nicht erschienenen Denkschrift über die Bedeutung Polens für Rußland (Krakau, Oberstes Nationalkomitee) beigesteuert hat. Anderseits wäre eine Verewigung des an sich unnatürlichen, logischerweise also sprengbaren Bundes zwischen England und Rußland fast einer Niederlage gleichzuachten, würde jedenfalls Mitteleuropa zur Aufrechterhaltung einer unverhältnismäßig kostspieligen Rüstung auf Jahrzehnte hinaus nötigen.

Unter dem 14. November 1916 verbreitete die Petersburger Telegraphen-Agentur folgende amtliche Kundgebung, aus deren Linienführung man den Einfluß einer Denkschrift des nationalistischen Dumaabgeordneten Tschitschew, über die die „Köln. Zeitung" vom 20. Sept. 1916 näheres mitgeteilt hat, deutlich herausspürt:

„Die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung haben die zeitweilige Besetzung eines Teiles des russischen Gebietes durch ihre Heere dazu benutzt, die Trennung der polnischen Gegenden vom russischen Reich und ihre Umwandlung in einen unabhängigen

Staat feierlich zu verkünden. Unsere Feinde verfolgen offensichtlich den Zweck, in Russisch-Polen Rekruten auszuheben, um ihre Heere zu ergänzen. Die Kaiserliche Regierung erblickt in diesem Akte Deutschlands und Österreich-Ungarns eine neue schwere Verletzung der grundlegenden Grundsätze des Völkerrechts, die verbieten, daß die Bevölkerung der militärisch besetzten Gebiete gezwungen werde, die Waffen gegen das eigene Vaterland zu brauchen. Sie betrachtet diesen Akt als null und nichtig. Rußland hat sich schon zweimal seit dem Ausbruch des Krieges über das Wesentliche der polnischen Frage ausgesprochen. Seine Absichten umfassen die Schaffung eines Gesamtpolens, das alle polnischen Gebiete in sich begreift und das bei Kriegsschluß das Recht haben wird, frei sein nationales, kulturelles und volkswirtschaftliches Leben auf die Grundlagen der Selbstverwaltung unter dem Szepter der russischen Herrscher zu stellen, und das den Grundsatz der Staatseinheit bewahrt. Diese Entschließung unseres erhabenen Herrn bleibt unerschütterlich."

Das klingt sehr energisch; Briand und Asquith jauchzten am 16. Nov. telegraphisch ihrem Kollegen Stürmer zu. Dabei ist es aber auch geblieben. Und angesichts der Beobachtung, daß sich die russische Regierung über diesen flügellahmen Einspruch hinaus zu keiner greifbaren Handlung zugunsten ihrer Polen, denen sie im Grunde doch mißtraut, aufraffen kann, erscheint es nicht abwegig, daß sie die nun einmal vollzogene Lösung schließlich als unvermeidliche Folge des Krieges hinnehmen werde, falls die dadurch sich ergebende Unzufriedenheit ein annehmbares Ventil fände. Jedenfalls braucht man wegen des Scheiterns der Stürmerschen Politik und des Stockholmer Gespräches zwischen Alb. Warburg und Protopopow (Sommer 1916) durchaus noch nicht alle Hoffnungen auf eine Wiederannäherung aufzugeben; auch von Sir George Buchanan, der sich zeitweise wie der spiritus rector der innern und äußern Geschicke Rußland gebärdet, wird es einmal heißen: Der Krug geht

so lange zu Wasser, bis er bricht. Daß sich dort, früher oder später, gerade unter den Ausstrahlungen der neuen polnischen Freiheit eine Entwicklung anbahnen könnte, wo den Russen an einer friedfertigen Nachbarschaft im Westen recht viel gelegen wäre, ist gar nicht ausgeschlossen. Freilich: eine derartige Gruppierung durch Einmischung in die innern Kämpfe des russischen Volkes beschleunigen und künstlich herbeiführen zu wollen, wäre ganz verkehrt; wir können warten und müssen sie sich selber entwickeln lassen. Der leiseste Verdacht, daß uns eine bestimmte Regierungsform in Rußland besonders angenehm sei, würde dort die Parteien aus ihrer Zersplitterung nur zur sofortigen Einigung bringen, mindestens unsere Freunde zu untätigem Schweigen verdammen.

Soeben war das Wort „V e n t i l" gefallen. Auswege, wohin sich russische Mißstimmungen entladen könnten, gibt es genug. Auch Rußland hatte kluge Staatsmänner wie den Grafen Witte, den General Kuropatkin, den Baron Rosen und hat einsichtige Publizisten, wie Menschikow oder Petrow, die die Bevormundung durch Großbritannien mißbilligen und unter Verurteilung der irrigen Eroberungsversuche im Westen und Nahen Osten vielmehr in Asien seine Hauptaufgabe erblicken. Trotz des russisch-japanischen Abkommens vom 3. Juli 1916, das Rußlands Vormachtstellung sichern sollte, aber nur seine Ohnmacht verraten habe, verursacht den Anhängern einer aktiven Asien-Politik das unverkennbare Emporsteigen Japans arge Beklemmungen; seine Beherrschung Chinas und der Mandschurei, sein Eindringen in die Mongolei und in Sibirien hätten Rußlands Stellung im Fernen Osten bereits außerordentlich geschwächt. Man stehe vor dem Augenblicke, wo Rußland in Ostasien überhaupt nichts mehr zu sagen haben werde; dann aber wären die zähen Anstrengungen von Jahrzehnten einfach verloren. Ob dafür der Ausbau der Murmanbahn jemals ausreichenden Ersatz bieten werde, sei mehr als zweifelhaft.

In Nr. 24 des „Kunstwarts" von 1916 eifert Ge-

heimrat Dr. Eugen Würzburger dagegen, daß Deutsche sich für die Russen um Gewährung eines Ausgangs zum freien Meeres sorgten; das sei Gedankenlosigkeit. Er schreibt da:

„Besitzt denn unser Deutsches Reich den ‚Ausgang zum freien Meere', den jene Herren in zartem Mitgefühl Rußland über Konstantinopel oder anderswo verschaffen wollen? Ist jemals bei uns — geschweige denn in dem uns feindlichen Ausland — die Forderung aufgestellt worden, daß wir die Gebiete erhalten müssen, durch die unser Seeweg in den Atlantischen Ozean oder auch nur ins Mittelmeer führt? Die Notwendigkeit des Erwerbs von Calais oder Dover, oder auch von Genua oder Triest für das Deutsche Reich ließe sich aber mit den nämlichen Gründen nachweisen, die zugunsten Rußlands uns vorgehalten werden. Die Parallelität der Verhältnisse wird auch durch den Hinweis auf die Möglichkeit der Fahrt von der deutschen Nordseeküste um Schottland herum in den Ozean nicht verändert; denn auch Rußland hat schon jetzt einen freien Ausweg von seiner Murmanküste aus, und die Schwierigkeiten seiner Benutzung stehen, gemessen an dem Verhältnis des deutschen Überseehandels zum russischen, den für uns in der Fahrt um Schottland liegenden an Bedeutung kaum nach."

So liegen die Dinge doch wohl nicht. „Aus zartem Mitgefühle" will niemand von uns den Russen einen freien Zugang zum Meere verschaffen. Wer aber nicht will, daß sich in absehbarer Frist die russische Kriegsdrohung wiederhole, der muß wünschen, daß kein wirtschaftlicher Zwang den Russen die Pistole in die Hand drücke. Verwerfliche Sentimentalitäten spielen dabei keine Rolle, sondern nur die Einsicht, daß es keine weitschauende Politik wäre, wollte man versuchen, einem so kräftigen Volke wie dem russischen alle Haupt- und Lebensadern abzuschnüren. Das Erkennen dieser Zusammenhänge fördert ein Blick in Dr. Franz Quadfliegs Buch „Russische Expansionspolitik 1774—1914" (Berlin 1914), obwohl es durch den Krieg in manchem Betracht überholt ist.

Das Dardanellenproblem

Am 8. Juli 1916 meinte A. Keuerleber im „Basler Anzeiger", der russische Druck gegen Süden werde machtvoll anschwellen. Auszuhalten hätten ihn in erster Linie England und die Türkei und, weil die letztere deutscher Bundesgenosse sei, auch Deutschland. Es könne sich dieses Druckes durch Preisgabe der Türkei sehr leicht entledigen. Eine derartige Lösung des Problems ist, darüber braucht kein Wort verloren zu werden, nicht nur aus sittlichen, sondern vor allem auch aus weltpolitischen Gründen von vornherein ausgeschlossen. Unser Ziel ist vielmehr eine mit allen Mitteln herbeizuführende Stärkung der Türkei. Nur auf diesem Weg ist schließlich auch der schwierigen Dardanellenfrage beizukommen.

Solange das kränkende Wort vom „Kranken Manne" Geltung beanspruchen konnte, lag die Lockung für Rußland, das (nicht vorhandene) Testament Peters des Großen als Symbol zu benutzen und die Eroberung Konstantinopels als der Mutter aller byzantinischen Kultur ins Auge zu fassen, außerordentlich nahe (vgl. den wirklich schönen Hymnus auf die Bedeutung Konstantinopels in Friedr. Naumanns „Bulgarien und Mitteleuropa" S. 24 f.). Jetzt aber, wo die Osmanen aus den bösen Schlappen des Balkankrieges von 1912 die einzig richtige Konsequenz gezogen und mit eiserner Energie ihre staatliche Wiedergeburt herbeigeführt haben, sollten auch russische Staatsmänner wie Fürst G. Trubetzkoi, P. N. Miljukow oder P. P. Mitrofanow ihre Träume von einer russischen Vorherrschaft am Balkan und einer Zertrümmerung Österreich-Ungarns ernstlich revidieren. Das ist die einfache Voraussetzung für jede Neuregelung der Bestimmungen über die Dardanellendurchfahrt.

Im übrigen dürfen wir die Hut der wichtigen Meeresstraße getrost der erstarkten Türkei überlassen, die im Besitz eines Dutzends leistungsfähiger Unterseeboote selbst gegenüber etwaigen Anschlägen russischer Admirale ganz anders gewappnet dasteht als zu Zeiten

des mit einigem Rechte mißtrauischen Sultans Abd ul-Hamid II. Im Frieden hindert niemand die russischen Handelsschiffe am Auslaufen aus dem Schwarzen Meere; diesen Satz alteriert auch das entgegengesetzte Verhalten der Türkei im Jahre 1911 nicht. Ob man die 1856er Sperrung des Bosporus und der Dardanellen für die russische Marine, durch den Krieg bereits aufgehoben, in den Friedensvertrag nicht wieder aufnehmen und dies über die Köpfe der „Rjetsch" und Miljukows hinweg durch die Erlaubnis an fremde Flotten, ins Schwarze Meer einzulaufen, ergänzen soll, darüber wird noch mancher hitzige Rede-Kampf geführt werden. Der Vorschlag einer Teil- oder Voll-Neutralisierung der Meerengen hat angesichts der Verjüngung der Türkei wenig Aussichten auf Annahme. Jedenfalls kann die Erkenntnis, daß jede neue kriegerische Verwicklung mit der Hohen Pforte dem südrussischen Verkehre wieder den wertvollsten Weg unterbinden würde, die Heißsporne Petersburgs vor unüberlegten Treibereien abhalten. Hinter der Türkei steht Deutschland.

Der deutsche Standpunkt zur Dardanellenfrage hat sich seit Bismarcks meisterhafter Klarstellung vom 19. Februar 1878 („darin liegt das hervorragendste deutsche Interesse im Orient, daß uns die Wasserstraßen sowohl die der Meerengen wie die der Donau vom Schwarzen Meer aufwärts in derselben Weise wie bisher freibleiben") kaum geändert. Beachtenswert bleibt bloß die Äußerung des Reichstagsabgeordneten Spahn sr. vom 11. Oktober 1916: „Wenn erwähnt worden ist, daß die Dardanellenfrage für Rußland den Anlaß zum Kriege hätte geben müssen, so glaube ich, unterläuft ein Irrtum. Wir und Österreich-Ungarn waren schon vor Jahren bereit, uns mit Rußland über die Frage der Eröffnung der Dardanellen auseinanderzusetzen, wie wir von Aehrenthal wissen." Professor Krückmann hat ihm in der „Kreuz-Zeitung" vom 21. Oktober 1916, Morgenausgabe, geschickt sekundiert. Dagegen irrt Hans Vorst

(„Berl. Tageblatt“ vom 21. Oktober 1916, Abendausgabe), wenn er allzu harmlos meint: England habe (am 12. März 1915) seinem Bundesgenossen nicht mehr als gewisse Garantien für die freie Benutzung der Meerengen zugesagt; vielmehr handelte es sich dabei rund und nett um die förmliche Auslieferung Konstantinopels und seiner Umgebung. Nach den Worten Bethmann Hollwegs vom 9. Nov. 1916 und denen des Kanzlers Michaelis vom 21. Aug. 1917 hatten England und Frankreich 1915 Rußland die territoriale Herrschaft über Konstantinopel, den Bosporus und das Westufer der Dardanellen mit Hinterland zugesichert, während die Ententemächte Kleinasien unter sich aufteilen wollten.

Bei dem allen darf nicht vergessen werden, daß die Dardanellensperre von Anfang an keine Anmaßung der Pforte, sondern eine ihr von den Westmächten auferlegte Verpflichtung gewesen ist. Und nicht die Osmanen sind es gewesen, die daran willkürlich etwas geändert hätten, sondern der grundstürzende Umschwung ist allein den Briten zuzuschreiben, die sich aus lauen Freunden in offene Feinde der Türkei gewandelt haben. Treffend ist dieser charakteristische Gesinnungswechsel in dem Berichte des Generalrats der Partei „Einheit und Fortschritt“ vor dem Konstantinopeler Parteitage vom 28. September 1916 gekennzeichnet; die betreffende Stelle lautet in der Übersetzung von Dr. Willy Haas so:

„Die Mächte, die nach dem Kriege von 1854 am Kongreß teilgenommen hatten, waren sich darüber klar, daß die rasche Ausdehnung Rußlands für das politische Gleichgewicht Europas allzu gefährlich war. Besonders betrachtete England diese Ausdehnung als verhängnisvoll für seine persönlichen Interessen. So haben denn auch die Mächte dem Vertrage dieses Kongresses einen Passus eingefügt, wonach sie die „territoriale Integrität“ des Osmanischen Reichs garantieren.

Trotz dieser Klausel haben dieselben Mächte nach dem Krieg von 1877/78 Rußland weder verhindert, uns weiterer Gebietsteile zu berauben, noch die Zer-

stückelung des Osmanischen Reichs in derselben Epoche verhütet.

Die Vormundschaft, unter der das Reich sich befand, und die im Vertrage von Berlin aufs neue bestätigt wurde, stellte unser Land unter eine Art von politischer Sequestrierung und beraubte uns in der Sphäre des Politischen unserer Handlungsfreiheit. Als wir 1897 im Krieg gegen Griechenland mit dem Blute Tausender unserer Söhne Eroberungen gemacht hatten, zwang man uns, sie wieder abzutreten. 1912 zu Beginn des Balkankrieges erklärten die europäischen Kabinette feierlich, daß kein Fuß breit Landes dem Besiegten genommen, noch dem Sieger zufallen würde. Das hinderte nicht, daß man auf der Londoner Konferenz aufs schärfste gegen uns vorging.

In der Tat sah man keine Spur mehr von dem traditionellen Schutze, dessen sich England uns gegenüber immer gebrüstet hatte. In Wirklichkeit freilich hat ein solcher Schutz niemals existiert und konnte niemals existieren als in der Vorstellung einiger unserer Politiker, die sich gern in Illusionen wiegten. England, das Hunderte von Millionen Mohammedaner unterjocht hat, deren Blut es trinkt, und von deren Arbeit es lebt, kann selbstverständlich keine Machterweiterung des Kalifen zugeben, auf den die von ihm unterworfenen Mohammedaner ihre ganze Hoffnung gesetzt haben. Auf der anderen Seite wollte es ebensowenig, daß Rußland in den Besitz der Meerengen gelange, um von da aus ins Mittelländische Meer zu dringen und so den Seeweg nach Indien zu bedrohen. Sein Wunsch war ein schwaches Kalifat als Hüterin der Dardanellen. Aber als es in der letzten Zeit sah, wie die Macht und die wachsende wirtschaftliche Stärke Deutschlands ihm den Weltmarkt streitig machten, als es sah, wie seine Kolonien — die es vor der russischen Invasion zu retten suchte — und sogar seine Hauptstadt allmählich durch das Genie, den Fleiß und die Industrie der Deutschen unterworfen wurden, veränderte es plötzlich seine Stellung. Es schätzte sich glücklich, zu einem Verständnis mit

Rußland zu kommen, um sich gegen den furchtbaren Feind zu wehren. Die Folge war, daß es sich genötigt sah, das Problem des Besitzes der Dardanellen und des Persischen Golfes zu lösen, d. h. die ganze orientalische Frage, und zwar in doppelter Weise: es behielt sich für sich selbst den Persischen Golf und sein Hinterland vor und erkannte die Ansprüche Rußlands auf die Meerengen an. Diese Verständigung zwischen den beiden Todfeinden setzte der bisherigen englischen Dardanellenpolitik ein Ende."

Wenn auch in dieser Darstellung die Türkenfreundschaft Disraeli-Beaconsfields etwas zu kurz wegkommt, so ist doch Greys Abkehr von ihr richtig geschildert. Es war höchste Zeit, daß den britischen Versuchen, die islamische Welt zu unterminieren und allmählig aufzulösen, das verdiente Ende bereitet ward.

Jedenfalls geht aus der Aufhellung dieser internationalen Zusammenhänge das Eine hervor, daß nicht so sehr Rußland und Deutschland in Konstantinopel hoffnungslos aufeinander prallen, wie es namentlich die englische Presse aus naheliegenden Gründen hinzustellen pflegt, sondern in viel höherem Grade Großbritannien und Deutschland; denn beide Mächte verfolgen hinsichtlich der Türkei diametral einander entgegengesetzte Ziele: dort Zerstörung, hier Aufbau. Mit vollstem Rechte wird daher auch das Scheitern der Gallipoli-Unternehmung weniger als russisches Fiasco denn als britische Niederlage gebucht. Eine Ausdehnung Rußlands an den eisfreien Küsten des Stillen Ozeans wurde auf Englands Geheiß 1904 durch Japan vereitelt, Südpersien und der Austritt zum indischen Ozeane wurden ihm durch den Asienvertrag von 1907 verrammelt — seitdem war den Briten das Wiederheraufholen der byzantinischen Sehnsucht durch die Panslavisten zu einem willkommenen Bestandteil ihrer auf möglichst dauerhafte Vermehrung der Feinde der Mittelmächte gerichteten Politik geworden. Es ist irrig, zu glauben, daß die Kriegszielrede des russischen Ministers Trepow vom 2. Dezember 1916 mit ihrer öffentlichen Preisgabe des Dardanellenabkommens

vom Frühjahr 1915 in London verschnupft habe, oder, was auf dasselbe hinauskommt, von ihm habe erpreßt werden müssen, wie vielfach, selbst von Otto Hoetzsch in der „Kreuz-Zeitung" vom 6. Dezember 1916, angenommen worden ist. Vielmehr wird dem Foreign Office diese amtliche Festlegung „jahrhundertalter Träume" als angeblicher russischer „Lebensinteressen" nur erwünscht gewesen sein. Wann wird der russisch-französische Zweibund von 1891 dahinter kommen, daß seine seit 1903 betriebene Entente mit England lediglich dessen Geschäfte besorgt?

Persien als Ventil

Inzwischen sollte man, so argumentieren wohlmeinende Politiker, versuchen, die Russen mild und sacht auf die Bahn ihrer mittelasiatischen Erfolge vom Anfange der 80er Jahre des 19. bis in die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts zurückzulenken; mit einem Wort: ihnen die Wiederaufnahme ihres Südvormarsches in Persien anzuempfehlen. Der Gedanke, verbunden mit einer Neubelebung und Vertiefung des Potsdamer Abkommens vom 4. November 1910 und 19. August 1911 hat an sich etwas Bestechendes (von einer Revolutionierung Persiens durch den „Turanismus" ist ja nicht viel zu halten). Nur sollte man sich von vornherein darüber klar sein, daß ein russischer Hafen am Persischen Golfe — der schon gänzlich anglisiert ist — dem südrussischen Getreide keinen Ersatz für einen etwa abermals eintretenden Verschluß der Meerengen bieten könnte, der viel zu hohen Frachtkosten wegen: Buschir liegt — in der Luftlinie — 900 Kilometer vom Kaspischen Meer entfernt, Lingeh und Bender-Abbas sogar je anderthalbtausend! Fällt aber der wirtschaftliche Grund für eine Durchstoßung der von England von Mohammerah bis Karatschi errichteten Quer-Mauer als unrentabel weg, dann wird es sich Rußland wahrscheinlich reiflich überlegen, einem rein politischen Prestige zuliebe sich dauernd mit Großbritannien zu verfeinden. Bezeich-

nend für die zwischen beiden auf diesem Felde noch immer bestehende Spannung war ja die Mißgunst, womit das in Mesopotamien notleidende England dem Vorrücken der angeblich selbstlos zu Hilfe eilenden Russen über Isfahan, d. h. über die Demarkationslinie von 1907, hinaus einen diplomatischen Riegel vorschob. Empfindlich wird England an diesem kitzligen Punkte stets bleiben. Rußland zielt mit einer Durchdringung Nordpersiens westwärts auf eine planmäßige, durch Landesverrat erleichterte Kolonisierung Armeniens und ostwärts auf eine ungestörte Verbindung mit seinem Baumwolllande Turkestan, ist aber — wenigstens einstweilen — südwärts so desinteressiert, daß es am 6. August 1916 der Errichtung eines englischen Heeres zu Schiras und Kirman in der Stärke von vorläufig 11 000 Mann leichten Herzens zustimmte.

Rußlands innere Aufgaben

Ebensowenig praktischen Wert wie der Rat, sich Persiens zu bemächtigen, hätte die Mahnung an Rußland, sich nun endlich der Weiterbildung seiner Volkswirtschaft planmäßig anzunehmen, da es durch Steigerung der eigenen Erzeugung und durch Erschließung weiterer Absatzmärkte im Innern sich vom Auslande beträchtlich unabhängiger machen könne als durch das kollisionsreiche Streben nach dem offenen Meere. Daß auf diesem Gebiete noch viel im Argen liegt insofern, als Rußland erst aus den Kriegsnöten gelernt hat, Waren, die es bisher vom Auslande bezog, bei sich selbst herzustellen und Bodenerzeugnisse, für die nun die Ausfuhr gesperrt war, nach andern, weniger begünstigten Teilen des Riesenreichs zu schaffen, ist nicht zu bestreiten. Ob aber ein diese und andere Punkte auf die Tagesordnung setzendes Wirtschaftsprogramm bei aller Großzügigkeit den Panslavismus von jeder außerpolitischen Agitation abziehen würde, ist mehr als fraglich. Im übrigen gilt davon das schon auf Seite 40 Gesagte: Rußland muß das mit sich selbst abmachen; es in eine bestimmte Richtung drängen zu

wollen, hätte sicher die entgegengesetzte Wirkung. Daniel Spitzers vergnügliche Prägung vom Jan. 1887: „Dieser Staatsmann mischt sich ja prinzipiell nicht in fremde Verhältnisse, sondern läßt alle machen, was er will", paßt eben doch nur auf den einzigen Bismarck.

Rußland wird sich mit dem Verluste Polens abfinden

Die Zeit wird für uns arbeiten; sie hat es schon getan. Daß die Russen nicht um Polens willen die Unversöhnlichen spielen werden, läßt sich aus der Befürchtung der Ententepresse schließen, daß jene „eine offenkundige Frechheit verzeihen" möchten (so die „Morning Post" vom 7. November 1916); und die Polen werden beweglich vor der „Falle" gewarnt, die ihnen die Mittelmächte stellen (die „Times" vom Tage vorher und Jacques Bainville im „Excelsior" vom 8. November). Andrerseits meinte Ernest Judet im „Eclair" vom 7. November 1916 mit deutlicher Spitze gegen den russischen Bundesgenossen: „Wenn der polnische Staat den Händen entrissen sein wird, die ihn vorzeitig an das österreichisch-deutsche Bündnis fesseln wollten, so wird es nicht sein, damit er das wieder werde, was er seit anderthalb Jahrhunderten gewesen ist. Ein unvollkommener Anfang ist gemacht, von Regierungen, die diese Gelegenheit nicht hätten haben dürfen!"

Sachlich ist das genau dasselbe, was General Kuropatkin in seinem kriegsministeriellen Geheimberichte von 1900 dem Zaren als mögliche Folge eines unglücklichen Krieges warnend vor Augen geführt hatte. Und schließlich: eine Lösung der Frage der Fremdstämmigen im Sinne der Ententephrase von der Nationalitätenbefreiung muß den Russen als Einmischung in innere Angelegenheiten mindestens ebenso unbequem sein. Vielleicht ist ihnen auch aus diesem Grunde die einseitige Erledigung des polnischen Problems gar nicht so peinlich, wie nach außen hin vor-

geschützt wird. Hatte doch der rechtsstehende Dumaabgeordnete Tschichatschew, dessen Denkschrift, wie oben (S. 38) erwähnt, das verspätete Autonomie-Versprechen vom 14. November 1916 merklich beeinflußt hat, vor einer weiteren Polonisierung der in nationaler Beziehung weniger festen Bestandteile der russischen Bevölkerung, sowie vor einer Eroberung russischer Märkte durch die polnische Industrie unverhohlen gewarnt; „Rußland müsse sich davor hüten, Polen in sich aufzunehmen und sich daran zu vergiften!" Mag sein, daß bei derartigem Zurückführen der polnischen Einbuße auf ein bescheidenes Maß die stille Hoffnung mitspricht, mit dem unabhängig gewordenen neuen Königreiche werde sich über kurz oder lang ein Verteidigungsbündnis gegen Deutschland schließen lassen. Diese Erwartung zu vereiteln, wird eine der vornehmsten Aufgaben der staatsmännischen Kunst Deutschlands bilden; einzelne Überläufer, die es natürlich immer geben wird, können uns das Gruseln noch nicht beibringen. Oder wie das Mitglied des preußischen Herrenhauses Dr. J. Reinke im „Tag" vom 3. Dezember 1916 schrieb: „Die Angelegenheit hat das Stadium der Theorie endgültig verlassen und ist zum Gegenstande der praktischen Politik geworden. Mit anderen Worten: wie die Dinge nun einmal liegen, müssen wir aus ihnen das beste zu machen suchen, was sich daraus machen läßt. So muß vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß der zukünftige polnische Staat niemals zu einem Glacis oder Ausfalltore Rußlands gegen Deutschland werden kann; dahin zu wirken, sind alle einverstanden. Es wird zu dem Ende einer zielbewußten, energischen, ja rücksichtslosen Politik unsrerseits bedürfen. Rücksichtslos wie die Engländer müssen wir während dieser Weltkrisis in unserer auswärtigen Politik vorgehen, wollen wir nicht unter die Räder kommen; das gilt vor allem von unserer Polenpolitik gegenüber Rußland. Wir müssen nicht nur darnach trachten, den Polen die Bundesgenossenschaft mit uns angenehm zu machen durch Entgegenkommen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete; wichtiger noch ist es, mit allen

Mitteln daran zu arbeiten, daß die zwischen Polen und Rußland bestehende Kluft sich noch weiter vertiefe. Nur ein Beispiel sei hier genannt. Den Polen und damit der römisch-katholischen Kirche ist seinerzeit ein großer Teil ihres Kirchenguts zugunsten der russisch-orthodoxen Kirchen genommen worden; sollte es da nicht an der Zeit sein, dies wieder gutzumachen?" Und solcher Möglichkeiten gibt es genug, auch auf dem dankbaren Felde der Imponderabilien.

Die ersten Schritte des neuen Staat[s]

a) der provisorische Staatsrat

Der Verlauf, den die Entwicklung eines lang unterjochten und mit den Waffen unterworfenen Gebiets zu einer selbständigen Monarchie bisher genommen hat, läßt ohne unzeitige Vertuschung erkennen, daß der eingeschlagene Weg zum Ziele führen wird. Zunächst setzte es allerdings, nach dem unvermeidlichen Abflauen des ersten Jubels über die Befreiung, unverkennbar mehrere Rückschläge, und zwar, um von der mißgünstigen Kritik der grundsätzlichen Gegner des Schrittes vom 5. November 1916 zu schweigen, auf seiten von Freunden der Zentralmächte. Man sagt, sie seien schon dadurch verstimmt gewesen, daß der Beseler-Kuk-Aufruf vom 8. November, der zur Bildung eines nationalen polnischen Heeres aufforderte, von keinem Polen unterzeichnet war. Wasser auf die russisch orientierte Mühle der Nationaldemokraten Dmowskis und der Realisten Wielopolskis, die am 1. Dezember ihre abweichende Ansicht unter Duldung des Generalgouverneurs sogar in Warschauer Blättern verbreiten durften, hätte dann die Enttäuschung geleitet, die die am 13. November veröffentlichen undemokratischen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Landtags und des Staatsrats hervorriefen. Der Landtag sollte nach dem ursprünglichen Statut von den Gemeinde- und Kreisverwaltungen gewählt werden, die, von Warschau abgesehen, selber ihre Mandate nicht der Wahl der Bevölkerung, sondern der Ernennung von oben verdankten. Außerdem seien dem Landtag nur sehr bescheidene Befugnisse zugewiesen worden; in der Hauptsache hätte er nicht vielmehr dar-

stellen können als einen Beirat für unbeträchtliche wirtschaftliche Fragen. Auch die Gerechtsame des Staatsrats, der zudem nicht unter gewählter Leitung stehen sollte, seien überaus begrenzt gewesen. Neues Mißtrauen war die unumgängliche Folge. Und daraus wieder ergab sich eine fühlbare Abnahme in der Kraft der Werbung von Freiwilligen für das polnische Heer; schließlich war die Angst des Bauern, daß er im Falle seiner Gefangennahme von den Russen erschossen, seine Familie in Rußland verfolgt werden würde, begreiflich. Die alte Abneigung gegen das Soldatenleben, die schon dem Polen des 17. und 18. Jahrhunderts zu schaffen gemacht hatte, kam von neuem zum Vorscheine. Man erwartete Hilfe von außen; Polen selbst solle „einer Schnecke gleichen, die ihr Gehäuse niemals verläßt". Da hatte man die passive Indolenz in Reinkultur. Infolgedessen war drei, vier Wochen nach dem historischen Tage die Stimmung im Kreise der Anhänger der Wiederherstellung Polens ziemlich gedrückt; man sprach direkt von einem Fehlschlage.

Doch die Mittelmächte ließen sich durch diese Reaktionserscheinungen nicht aus ihrer Zuversicht bringen; und ihre staatsmännisch nachsichtige Geduld sah sich bald belohnt. Im Einvernehmen mit dem hundertgliedrigen Nationalrate, dem die Liga der polnischen Staatlichkeit (die Organisation des guten Bürgertums), das Zentrale Nationalkomitee (das die Linksstehenden zusammenfaßt) und jene Konservativen angehören, die auf der Basis der Unabhängigkeitserklärung stehen, fanden die Generale von Beseler und Kuk am 26. November für die Staatswerdung Polens eine festere Grundlage. So wurden für die Wahl von Landtag und Staatsrat unterm 5. Dezember 1916 neue Bestimmungen getroffen, wonach beiden bedeutend größere Befugnisse zugemessen werden. Der provisorische Staatsrat — mehr als bloßer Beirat, wenn auch ohne Vollzugsgewalt — soll künftig gewisse Regierungsfunktionen erhalten: er soll bei der Ausarbeitung von Gesetzen und, was den Polen noch wichtiger er-

scheint, bei der Schaffung des Heeres mitwirken. Beim Staatsrate wurde ein Militärdepartement errichtet, das unter Oberleitung der deutschen Militärverwaltung die Werbetätigkeit für das Heer und seine Organisierung in Angriff nehmen soll. Für den Staatsrat schlagen die Parteien den Generalgouverneuren ihre Kandidaten vor, und zwar 15 aus dem deutschen und 10 aus dem österreichischen Okkupationsgebiete; die Generalgouverneure berufen ihn dann durch gemeinsamen Erlaß. Der erste Staatsrat bestand aus Vertrauensmännern der Liga der polnischen Staatlichkeit, des Zentralen Nationalkomitees, der konservativen Partei der nationalen Arbeit, des Klubs der Anhänger der polnischen Staatlichkeit; es gehören ihm also konservative Vertreter der Aristokratie an (Prinz Radziwill, Graf Rostworoski), des konservativen Landadels (v. Dzierzbicki, v. Niemojowski u. a.) der polnischen Sozialdemokraten (Sliwinski, Kunowski), Vertreter der Industrie (Lempicki, Natanson), Geistliche und zwei Bauern. Der weitaus größere, nationalbewußte Teil Kongreß-Polens betrachtet den Staatsrat als die höchste nationale Behörde, ja als die nationale Regierung, der unbedingter Gehorsam gebühre. Das drückte nicht nur die großartige Kundgebung der Arbeiterschaft Warschaus vom 21. Januar 1917 aus; das wird auch von denen erklärt, die noch vor wenigen Wochen der Neuordnung neutral oder feindlich gegenüberstanden. So ordneten sich Ende Januar die zwei angesehensten Landeskörperschaften, die bisher die Hochburg der Nationaldemokratie und der Realistenpartei gewesen waren, die Landwirtschaftliche Gesellschaft und der Zentrale Fürsorgerat, dem Staatrate willig unter.

Mitte Mai 1917 kam auch die wichtige Frage der Thronbesetzung in Fluß; ihrer Lösung waren mehrere Aussprachen der leitenden Staatsmänner Deutschlands und Österreich-Ungarns gewidmet.

Somit hatte Dr. Julius Bachem durchaus Recht, wenn er im „Tag" vom 21. Februar unter der Überschrift: „Kein voreiliger Pessimismus in

politischen Dingen!" feststellte: „Die Entwicklung in der Richtung, welche die Proklamationen der beiden Generalgouverneure gewiesen haben, geht ihren Gang, vielleicht etwas langsamer, als mancher gehofft haben mag, aber ruhig und stetig. . . . Die ganz von dem Gedanken an das künftige Polenreich erfüllte und diesem Gedanken alles andere unterordnende polnische Presse stellt mit Befriedigung fest, daß das zerrüttete, an ein politisches Leben großen Stils nicht gewöhnte Land sich um den Staatsrat als den Kristallisationspunkt konsolidierte, und daß die Autorität dieser von den Zentralmächten eingesetzten höchsten Behörde zusehends wachse. Eine geringe Opposition, welche vor Wochen bestanden habe, verschwände von Tag zu Tag zugunsten der nationalen Disziplin. . . . Inzwischen ist der Staatsrat an der Arbeit *). Er hat insbesondere eben die vom Heeresausschuß ausgearbeiteten Entwürfe zur Organisation des Heeres und der Anwerbung von Freiwilligen mit geringen Änderungen angenommen und den Kommissaren der Okkupationsbehörden überwiesen. Man darf annehmen, daß nunmehr die Organisation der polnischen Truppenmacht, deren Kern die auf manchen Schlachtfeldern blutig bewährte polnische Legion bilden soll, in rascheren Fluß gerät, und damit eine der wichtigsten Grundlagen für das künftige polnische Staatswesen geschaffen wird."

b) Das polnische Heer

Die Bildung eines nationalpolnischen Heeres ist, je nach der Auffassung, eine Voraussetzung, Begleit- oder Folgeerscheinung der Wiederherstellung des polnischen Staats und hat, wie letztere, eine längere Vorgeschichte. „Je nach der Auffassung", das will sagen: unsere Gegner, die es sich längst zum System gemacht haben, jeden Schritt der Mittelmächte von vornherein

*) Sein Rücktritt am 25. August 1917 bedeutete nur eine vorübergehende Störung.

herabzuwürdigen und zu verdächtigen, haben natürlich auch den Gedanken an das Schaffen eines regelrechten Polenheeres sofort in den Dienst ihrer Lügenpolitik gestellt, indem sie — worauf schon S. 31 andeutungsweise hingewiesen ist — das Geschenk der Freiheit an Polen nur den Vorwand nannten, womit die Mittelmächte das sonst völkerrechtlich unmögliche Herausziehen neuen „Kanonenfutters" aus dem besetzten Lande verbrämen wollten. Die russisch gerichteten polnischen Blätter Petersburgs und die „Nowoje Wremja" prägten für diesen angeblichen Kausalzusammenhang die Formel: erst Zwangsrekrutierung unter polnischer Verantwortung, dann — vielleicht! — Ausrufen der Unabhängigkeit. Die Geschichte hat diese Verdrehung Lügen gestraft; denn die Polen haben sich ihre Freiheit nicht erst zu verdienen brauchen: der 5. November 1916 liegt schon viele Monate hinter uns, während sich die Organisierung der polnischen Divisionen lang in den ersten Anfängen befand, bis sie am 26. Juli 1917 ganz eingestellt ward. Tatsächlich liegen ja die Dinge doch so, daß erst das aus der klaren Absicht einer dauerhaften Einrichtung geborene Herstellen eines säkularen Grenzschutzes vollzogen sein mußte, ehe das (an sich recht willkommene) Accedens einer nur noch im Auslaufe dieses Krieges verwendbaren Hilfstruppe in die Erscheinung treten konnte.

Schält man aus den eben skizzierten Verhetzungen der feindlichen Presse den historischen Kern vorsichtig heraus, so erfährt man, daß der Befehlshaber der polnischen Legion, ihr eigentlicher Schöpfer und erster, beim Volke sehr beliebter Führer, Josef Pilsudski, bei den Mittelmächten eine Denkschrift eingereicht hatte, worin er behauptete, das vormalige Zartum Polen könne eine Streitmacht von 700 000 Waffenfähigen stellen („müsse" sagte Hindenburg — nach dem Petersburger „Dziennik Polski"). Verhandlungen in Berlin (Lempicki und Studnicki), Wien (Bilinski) und Budapest (Daszynski) führten lange nicht zum Ziele. Nur der Ausbau der polnischen

Legionen im Rahmen der österreichisch-ungarischen Armee machte Fortschritte. Bald nach Kriegsausbruch am 24. August 1914 durch ein „organisatorisches Statut" des K. u. K. Armee-Oberkommandos mit Unterstützung des polnischen Nationalrats zu Wien, Lemberg und Krakau ins Leben gerufen, erhielten sie durch Erlaß Kaiser Franz Josephs die Rechte von regulären Mitkämpfern (K. u. K. Feldgrau, weißer Adler im roten Feld) und damit eine völkerrechtlich unantastbare Stellung innerhalb des Landsturmaufgebots der Mittelmächte. Als am 18. September 1916 Kaiser Wilhelm zu Saybusch (Westgalizien) beim Erzherzog Karl Stephan weilte, soll die schon vorher angebahnte Bildung eines polnischen Hilfskorps („Juli-Korps") als besonderer Einheit unter Wiederheraufholung der Aufstands-Uniformen des Jahres 1831 zum Abschlusse gebracht worden sein. Unterm 4. Oktober 1916 genehmigte ein Armeebefehl Kaiser Franz Josephs, daß das neue Hilfskorps nationale Fahnen führen und daß die ihm zugeteilten K. u. K. Offiziere Legionsuniformen tragen dürften. Daß damit der letzte Schritt noch nicht getan war, bedarf keiner Begründung; aber der freiwillige Zuzug stockte. Denn nun erwartete mit einem gewissen Rechte die polnische Nation sehnsüchtig auf die Herstellung der staatsrechtlichen Fassade des geplanten Gesamtgebäudes: ein Grund mehr für die auf S. 18 gerechtfertigte Beschleunigung der Wiederherstellung Polens. Sonst hätten Maßnahmen wie die Vervollständigung der Gendarmerie für den Innendienst im Gouvernement Petrikau oder die großzügige Beschäftigung polnischer Arbeiter in Deutschland leicht den völkerrechtswidrigen Anstrich behalten, der ihnen von der mit dem Fortgange der Freiheitssache nicht vertrauten oder davon nichts wissen wollenden gegnerischen Presse schleunigst angedichtet worden war.

Der Ausgangspunkt für die Überleitung des polnischen Hilfskorps in ein polnisches Nationalheer bildet folgender Satz aus der Erwiderung des Reichskanzlers auf die am 28. Oktober 1916 von der 7-gliedrigen Abordnung vorgetragenen Wünsche der

Polen: „Die beiden verbündeten Kaiserreiche, in deren Hand das Schicksal dieses ungeheuren Krieges in weitem Umfange den Besitz polnischen Landes gelegt hat, sind gewillt, einen polnischen Staat unter einem König mit einer polnischen Armee im festen Anschluß an die Kaisermächte — namentlich auch in militärischer Hinsicht — erstehen zu lassen, einen Staat, innerhalb dessen Grenzen den polnischen Wünschen auf nationales und kulturelles selbständiges Leben der Weg gebahnt werden soll."

Gewisse Erwartungen, die allerdings sich schwerlich restlos erfüllen werden, hat Ende Januar 1917 die Krakauer „Nowa Reforma" in einer eindringenden Berechnung — theoretisch — wie folgt ausgesprochen: „Die allgemeine Zahl der Bevölkerung im Königreich Polen betrug im Jahre 1912: 12 776 000. Wenn wir den Zuwachs des Volkes innerhalb der letzten drei Jahre auf 205 000 pro Jahr veranschlagen (das ist der mittlere Zuwachs zwischen den Jahren 1890 und 1912), so ersehen wir, daß die Seelenzahl im Jahre 1915 13 391 000 betragen haben muß. Von dieser allgemeinen Zahl müssen aber die nach dem Ausbruch des Krieges nach Rußland abgeführten Bewohner in Abzug gebracht werden, deren Zahl ungefähr 2 000 000 beträgt. Hiernach wäre die Zahl der im Königreich Polen tatsächlich vorhandenen Bewohner auf 11 391 000 festzusetzen.

„Laut den Mitteilungen des Statistischen Jahrbuches für Polen von 1914 entfallen 38,3 v. H. auf die Personen zwischen dem 17. und 45. Lebensjahr und auf 100 männliche Personen 49,2 weibliche, wobei die Zahl der im Lande gebliebenen Militärpersonen inbegriffen ist, wogegen die in der russischen Armee dienenden Soldaten ausgeschlossen sind. Prozentual würde also die Zahl der Männer im Alter von 17 bis 44 Jahren im Jahre 1915 2 181 000 betragen haben. Wenn wir nun von der letzten Zahl in Abzug bringen 280 000 Mann Militär, welches im Königreich Polen steht, die über die gewöhnliche Norm hinaus zum Mili-

tär einberufenen aus der Reserve und die unter 21 Jahren mit 560 000 Mann, 15 v. H. zum Dienste physisch Untaugliche mit 285 000 Mann und die Teilnehmer der polnischen Legionen mit 30 000 Mann, zusammen 1 155 000 Mann, so verbleiben an Militärdiensttauglichen 1 026 000."

„Dieselbe Zahl würde sich auch dann herausstellen, wenn man bei der Berechnung anders verfährt. Aus den Informationen des Zentral-Anwerbungs-Bureaus des Militärdepartements des ‚Obersten Nationalkomitees in Petrikau' ersehen wir, daß die Zahl der zum Militärdienst brauchbaren Männer im Kreise Petrikau zwischen 22 000 und 25 000 variiert. Da nun die Bewohnerzahl des Kreises Petrikau 187 000 beträgt, würde das prozentuale Verhältnis der zum Militärdienste geeigneten Männer 12 bis 14 v. H. der ganzen Bevölkerung des Kreises betragen. Da nun aber der Kreis Petrikau von der russischen Herrschaft früher befreit wurde und infolgedessen von späteren Einberufungen nicht betroffen ist, muß der Prozentsatz der Dienstfähigen in den anderen Teilen des Königreichs Polen geringer sein. Wenn wir nun das Verhältnis von 12 v. H. auf 9 v. H. ermäßigen, würde die Zahl der zum Militärdienste fähigen Männer im ganzen Königreiche Polen 1 045 000 betragen. Diese Zahl, die mit dem Ergebnis der ersten Berechnung annähernd übereinstimmt, besagt mithin, daß Polen ein Millionenheer zu stellen in der Lage ist."

Einen Monat später äußerte sich Oberst Ladislaus v. Sikorski, der Chef der Militärabteilung des Nationalkomitees, dem die Organisierung des Werbewesens übertragen worden ist, bei weitem bescheidener:

„Wir haben genug Menschenmaterial, um eine starke, der polnischen Nation würdige Armee auf die Beine zu stellen. Es stehen uns die ganz intakten Jahrgänge 1915, 1916 und 1917 und die gewaltige Zahl der aus verschiedenen Gründen Zurückgestellten und Befreiten zwischen dem 22. und 26. Lebensjahre, sowie alle älteren Jahrgänge vom 36. Jahr an, die von den Russen noch

gar nicht einberufen waren, zur Verfügung. Außerdem wurde in einigen Gouvernements auch der Jahrgang 1914 von den Russen nicht einberufen." Indem man die Schaffung einer möglichst zahlreichen polnischen Armee anstrebe, werde man zunächst mit der Werbung von Freiwilligen anfangen. Der Aufruf des provisorischen Staatsrats dürfte mehrere zehntausend Freiwillige ergeben, welche die Kaders der ersten polnischen Armee ausfüllen und die Bildung neuer Kaders für weitere Korps ermöglichen würden.

Die Stelle in dem Aufrufe des provisorischen Staatsrats vom 17. Jan. 1917, auf die Sikorski anspielt, lautete so:

„Die Schaffung einer zahlreichen, schlagfertigen und wohldisziplinierten polnischen Armee, die treu unseren großen ritterlichen Traditionen den alten Ruhm des polnischen Schwertes wiedererwecken wird, ist für uns freudige und dringende Notwendigkeit. Wir sind uns dessen bewußt, daß eine solche Armee die erste Bedingung für ein unabhängiges Staatswesen darstellt. Sie wird zur Erlangung der dem polnischen Reiche notwendigen Grenzen beitragen und wird zur Handhabe des Ansehens dieses Reiches werden. Da die Anordnung der allgemeinen Wehrpflicht gegenwärtig noch nicht getroffen werden kann, wird sich die Heeresorganisation auf freiwillige Werbung stützen, für die unsere heldenmütigen Legionen eigene, bereits fertige Kaders bilden."

Über diese Kaders teilte Ende Februar 1917 Oberst Berbecki, einst Stabskapitän im russisch-japanischen Kriege, 1914—16 Mitarbeiter des Legionärs Pilsudski und seit kurzem Chef des Stabes des Legionenkommandos, folgende Ziffern mit:

1) Offiziere, die während des gegenwärtigen Krieges unter ihrem Befehl ein Regiment, eine Brigade oder eine Heeresgruppe haben, besitzen die Legionen 24; alle anderen Organisationen des Königreichs 2.

2) Offiziere, welche eine Kompagnie oder ein

Bataillon geführt haben, besitzen die Legionen 157; andere Organisationen 20.

3) Zugskommandanten zählen die Legionen 800, während andere Organisationen insgesamt 70 zählen.

4) Unteroffiziere gibt es in den Legionen 11 800; in den anderen Organisationen kaum 600.

Mit den „anderen Organisationen" meint Berbecki namentlich die Polska Organizacja Wojskowa (Polnische militärische Organisation, POW., sozialistisch) und die Pomocnicze Komitety Wojskowe (Polnische militärische Hilfsausschüsse, PKW., private, nicht offizielle Schützenvereinigungen), die also als Grundlage für das künftige Polenheer nicht in Frage kommen können. Nach ihm hätte schon Ende April 1917 ein Heer von 60 000 Mann aufgestellt werden können, das „ohne Zweifel" bis zum September auf annähernd 300 000 Mann gestiegen sein werde. Auf dieselbe Ziffer war schon am 8. November 1916 die deutschfeindliche „Correspondencia de España" „bestenfalls" gekommen. In seiner „Victoire" vom 7. November 1916 schrieb Gustave Hervé: „Gestern schätzte ich, daß unsere Feinde in Polen 3 bis 400 000 Mann junger kräftiger Truppen aufstellen könnten. Man muß aber mit einer viel größeren Zahl Mobilisierter rechnen, wenn man die für den Etappendienst in Betracht kommenden Mannschaften berücksichtigt. Wenn es den Deutschen gelingen sollte, den polnischen Patriotismus zu elektrisieren, so muß man selbst mit einer viel größeren polnischen Armee rechnen! Bei der Mobilmachung im August 1914 wurde von den Russen ein beträchtlicher Teil der männlichen Bevölkerung nicht einberufen. Ein großer Teil der Männer von 21 bis 42 Jahren und alle von 42 bis 48 Jahren sind noch zu Hause. Hierzu kommen die neuen Klassen 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, so daß, wenn alles ausgekehrt wird, über eine Million Menschen zusammenkommen. Schließlich kommen noch 150 000 polnische Kriegsgefangene hinzu, die in Deutschland und Österreich interniert sind."

Wieder etwas nüchternes Wasser in diesen

brausenden Wein der Theorie gießt der schon oben genannte Sikorski, wenn er Mitte Februar 1917 freimütig bekennt: „Die freiwillige Werbung bildet einstweilen die Grundlage der Bildung der polnischen Wehrmacht. Ich glaube an den Erfolg der Anwerbung; doch kann sie keine dauernde und gesunde Grundlage für die Entwicklung einer regulären Armee bilden. Die einsichtigen Politiker Polens geben sich darüber Rechenschaft und befassen sich bereits jetzt mit dem Problem der Rekrutierung, dessen Lösung der polnischen Regierung zufallen wird." Um dieselbe Zeit schrieb auch Graf Mielzynski, Kommandant im Stabe des Generalgouverneurs in Warschau und Verbindungsoffizier bei der Polenlegion, für das Märzheft der Monatsschrift „Nord und Süd", daß die Polen von der russischen Herrschaft frei sein wollten, behauptete aber, in der Armeefrage hätten die Führer nicht den genügenden Kontakt mit der Masse und verdienten daher kein Vertrauen.

In seiner „Hilfe" vom 29. März 1917 beschäftigt sich Friedrich Naumann mit dem Innenleben des werdenden Staates Polen und kommt dabei auf die hochpolitische Heeresfrage zu sprechen. In seiner ehrlichen Art, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, urteilt er darüber so:

„Sicher ist, daß es in Polen noch sehr viele militärtüchtigen Männer gibt. Wir haben in ganz Mitteleuropa kein anderes Gebiet, dessen menschliche Kräfte bisher im Kriege so geschont worden sind. Während wir in Deutschland den letzten Mann aus seiner Werkstatt holen, liegen hier zahlreiche gesunde Leute arbeitslos oder halbbeschäftigt herum. Das Material zu einem polnischen Heer ist da.

Der Versuch, dieses Material durch freiwillige Werbung auf den Namen des deutschen und österreichischen Kaisers zu den Fahnen zu rufen, ist im allgemeinen nicht geglückt und konnte nicht glücken; denn freiwillig wird der Pole nur in eine polnische Armee eintreten. Er will polnische Werbung, polnische Uniformen, polnische Feldzeichen, kurz eine vergrößerte

polnische Legion auf dem Hintergrunde des Zukunftsstaates. Daß dabei die polnischen Truppen von deutschen Instruktoren ausgebildet und dem deutschen Oberbefehl unterstellt werden, ist beiderseits sicher; aber sie wollen ihre eigene polnische Heeresgeschichte erleben. Das ist auch kaum anders von ihnen zu erwarten, da sie nur so als Bundesgenossen auftreten können. Sie wollen nicht beliebig unter deutsche und österreichische Truppen verstreut werden. Deshalb wollen sie auch einen besonderen Eid schwören, für den nur leider zur Stunde der persönliche Vertreter fehlt.

... Ist nun für die Rekrutierung leider noch kein König zu beschaffen, so würden wenigstens sichtbare polnische Träger der Gewalt: Direktoren, Gouverneure, Generalkommissare oder, wie man sie nennen will, zur Beteuerung des Staatsdaseins unentbehrlich sein. Ein Zwang ohne polnische Unterschrift sei (so meinen die Bauern) ein leeres Blatt Papier.

... Es wird auf deutscher Seite gefragt, ob die künftige polnische Armee zuverlässig sein werde. Nach meinen Eindrücken liegt es so, daß sie in dem Maße für uns zuverlässig ist, wie sie polnisch national ist. Der Pole an sich ist ein guter Soldat, er tut seine Pflicht; aber er unterliegt leicht einer Suggestion, einer Stimmungswelle. Man kann sich einen liberalisierten Panslavismus denken, der lockend jenseit des Grabens steht und der auch geheime Agenten im Lande unterhält. Gegen ihn reicht ein bloßer Gestellungsbefehl mit Kriegsartikeln nicht aus. Was aber unter allen Umständen ausreicht, ist das eigene staatliche Nationalgefühl. Man steht also vor der Alternative: Verzicht auf polnische Armee oder wirklicher Anfang des polnischen Staates.

Das wissen die Polen sehr genau und wollen ihre militärische Hilfe nicht allzu billig gewähren. Politisch wird man ihnen daraus keinen Vorwurf machen dürfen. Nur sollen sie selber nicht vergessen, daß für die deutsche Armee ein absoluter Zwang zur polnischen Massenrekrutierung nicht besteht. *Es wird auch ohne die Polen gesiegt werden*, wenn es nicht

anders geht. Für Polen aber ist es von unvergleichlicher und einzigartiger Wichtigkeit, einen militärischen Anfang ihrer neuen Staatsgeschichte zu haben. Man nehme an, daß so lange verhandelt wird, bis der Krieg zu Ende ist. Dann hat Polen dabei das meiste verloren; denn dann ist es keine Macht."

So weit Naumann. „Die Bildung eines polnischen Heeres ist die beste Gewähr für die Polen, daß die Versprechungen der Mittelmächte auch ausgeführt werden", unter diesem von der „Nieuwen Rotterdamschen Courant" schon am 6. November 1916 formulierten Gesichtspunkte sollte das weitere vor sich gehen. Daß die Polen, auch die bäuerlichen Kreise, Verständnis dafür haben, lehrt u. a. der Leitartikel der Warschauer Zeitung „Godzina Polski" vom 29. März 1917: „Der Bau eines eigenen Staates muß mit Schaffung einer eigenen Heeresmacht beginnen. Die politischen Vereine verlangen immer lauter und energischer die Erfüllung dieser Forderung. Besonders charakteristisch hierfür sind die Entschließungen verschiedener bäuerlichen Gruppen; was man gewissen aufgeklärten Sphären erst durch Argumente beibringen muß, leuchtet dem Bauernverstande klar und einfach ein."

Die Frage: Brauchen wir ein Heer? wird durch die Warschauer „Gazeta Ludowa" vom 2. März 1917 so beantwortet:

„Wenn die Russen wiedergekommen wären, hätten sie selbstverständlich alle dienstfähigen Männer Polens eingezogen. Der polnische Staat muß ebensogut Militär haben. Die Deutschen und Österreicher werden uns nicht ewig in den Schützengräben gegen die Moskauer Flut schützen. Unserer Stimme wird kein Gehör geschenkt, weil wir keine bewaffnete Kraft besitzen. Wir wären nicht einmal fähig, ein einziges Gouvernement ordentlich zu besetzen. Lächerlich ist es, zu sagen, für die Aufstellung einer Armee werde nach dem Kriege Zeit sein. Wir müssen am Tage nach dem Friedensschluß vollständig zum neuen Kriege schlagfertig sein, falls es jemand einfiele, unsere Stellung nicht anzuerkennen.

Entweder muß während des Krieges eine solche Armee geschaffen werden, daß niemand wagt, unsere Unabhängigkeit anzutasten, *oder wir bleiben wieder die Beute für fremde Mächte* und werden aus dem gegenwärtigen Krieg als Sklaven und dazu entehrt auf viele Jahrhunderte hervorgehen."

Kurz vorher hatte der Warschauer „Goniec" noch schärfere Töne für dieselbe Sorge gefunden: „*Die Mächte, die uns so viel gegeben haben, ohne von uns die geringste Unterstützung erhalten* zu haben, wären naiv, wenn sie uns um unserer schönen Augen willen aus dem Schmutz der Fäulnis und aus der Lagerstätte im Schweinestall herausheben wollten in den Palast der freien Völker. Zwar sind zur Kriegszeit keine Bataillone überflüssig; aber das, was *an diesen unseren Bataillonen die Mittelmächte an Vorteil* haben würden, ist ein *verschwindend kleiner* Bruchteil im Vergleich zu dem Nutzen, den *wir* davon in moralischer, geistiger, materieller und territorialer Hinsicht haben können. Von der Entscheidung des Staatsrats in der Frage der Schaffung einer Armee, und zwar nicht nur auf dem Wege der Werbung, sondern der Rekrutierung wird es abhängen, ob Polen groß und angesehen werden soll oder klein, schwach und verachtet."

* * *

Als Herr von Bethmann Hollweg daran arbeitete, den Polen die Freiheit wiederzugeben, war, wie der „Manchester Guardian" vom 14. September 1916 mit richtigem Instinkte herausgefunden hatte, sein Ziel die Errichtung einer Schranke gegen Rußland. Ohne Wehrmacht ist sie nicht denkbar. Treffend umschreibt ihre Bedeutung Ladislaus von Sikorski (Mitte Februar 1917), wenn er sagt:

„Für uns Polen ist sie die Bürgschaft staatlicher Ordnung, die autoritative Basis der Regierung und des künftigen Königs. Für die Zentralmächte wird

die polnische Wehrmacht eine doppelte Bedeutung haben. Die polnischen Divisionen, die man im Frühling an die Ostfront, diese historische polnische Front, entsenden wird, werden hier ihre militärische Rolle erfüllen. Richtig ist, daß die Zentralmächte nicht auf die polnische Mithilfe unbedingt angewiesen sind, daß die Leitung der Ostfront diese Mithilfe nicht unbedingt in die strategischen Berechnungen zu ziehen braucht. Richtig ist aber gleichzeitig, daß sogar die Legionen, im Vergleich zu dem im Osten wirkenden Kräften an Zahl gering, doch in manchen Augenblicken strategisch wichtige Aufgaben erfüllen konnten. Um so mehr wird sie die polnische Wehrmacht erfüllen. Deren Bedeutung ist aber nicht hoch genug einzuschätzen als Friedensfaktor, der den Krieg um ein Bedeutendes kürzen kann. Die ersten polnischen Divisionen im Feld und die gleichzeitige Organisation einer einige hunderttausend Mann zählenden Armee bilden eine starke Stellung in der Hand der Zentralmächte und sind eine Garantie des Friedensschlusses."

Mitte März 1917 konnte man endlich daran denken, die Aushebung zum Heeresdienst in Angriff zu nehmen. Die bisherigen Werbungsinspektionen in 17 Städten beider Okkupationsgebiete wurden in 17 Hauptstellen für Aushebung verwandelt, denen dreiundsiebzig Kreisstellen nachgeordnet waren, die ihrerseits vierhundert Meldebureaus umfaßten. Die Landesinspektion für Aushebung befand sich in Warschau. Ihr Leiter war Oberst Sikorski. Für die Durchführung waren zahlreiche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der polnischen Legion bestimmt. Die Organisation war rein militärisch. Sobald diese ersten Maßnahmen erledigt sein würden, sollte ein besonderer Aufruf des Staatsrats zum Eintritt in das Heer erfolgen. Unterm 10. April 1917 wurde das polnische Hilfskorps dem Generalgouverneur von Beseler übergeben, um im Sinne der Vereinbarungen zwischen den beiden Obersten Heeresleitungen als Stamm für das aufzustellende polnische Heer zu dienen. Leider ließ sich Pilsudski zu hochverräterischen Um-

trieben verleiten; seine Verhaftung in der Nacht vom 21. zum 22. Juli 1917 brachte das ganze Heeresgeschäft ins Stocken. Inzwischen hatte sich ja die Grundlage für eine ungestörte Entfaltung der polnischen Verselbständigung stark verschoben.

Die Wirkung der russischen Umwälzung

Begreiflicherweise versetzten die Unruhen, die am 8. März 1917 in Petersburg ausgebrochen waren und sich schnell auf große Teile des weiten Zarenreichs ausgedehnt hatten, auch das benachbarte Polen in lebhafte Spannung. Je nach der Parteischattierung und ihrem inneren Verhältnisse zu der Wiederaufrichtung eines polnischen Staatswesens durch die Mittelmächte fragten sich die Polen ringsum: welchen Einfluß kann und wird der mit dem Sturze des Zarentums verbundene Vorgang der „Befreiung" der russischen Völker auf uns haben? Solange jedoch die liberalen Kadetten (konstitutionellen Demokraten) vom Schlage Miljukows das Heft der Revolution in Händen zu haben schienen, war die Neigung polnischer Patrioten, den von jenseit des deutschen Schützengrabens her tönenden Lockungen und Versprechungen der neuen russischen Machthaber zu trauen, sehr gering. Man erinnerte sich dessen, daß die Kadettenführer den in Rußland lebenden Polen, die stets die volle Unabhängigkeit verlangt hatten, in der Reichsduma jedesmal nur die Vereinigung Kongreßpolens mit den polnischen Anteilen Deutschlands und Oesterreichs, also etwas, das sie nicht besaßen, unter russischem Zepter in Aussicht gestellt hatten. Angesichts solcher Erfahrungen blieb das Mißtrauen der führenden Polen gegenüber den Vorteilen, die ihnen der russische Umsturz allenfalls bieten könnte, bestehen; man war sich bewußt, daß von einem liberalen Imperialismus zwar eine mehr oder weniger beschränkte Autonomie, aber

keine Verselbständigung Polens zu erhoffen sei. Nur insofern war eine Rückwirkung der russischen Revolution auf die polnischen Verhältnisse zu spüren, als man sich an maßgebender Stelle sagte: von dem Augenblick an, wo die provisorische Regierung des neuen Rußlands die in ihrer Proklamation verheißene „Abschaffung aller aus sozialen, religiösen und nationalen Gründen bedingten Einschränkungen" wirklich ausführen sollte, müsse den Polen des Königsreiches und der Zentralmächte wohl dasselbe Maß an bürgerlichen Rechten und Freiheiten gewährt werden, damit der Gedanke an neidvolle Vergleiche im Keim erstickt werde. Sonst aber schien von der neuen Gestaltung der Dinge im Osten keine Gefahr zu drohen.

Diese beruhigende Beobachtung verlor jedoch einigermaßen an Gewicht, als seit Ende März und in steigendem Maße seit Anfang April 1917 die liberalen Kriegsverlängerer immer mehr durch die friedensfreundlichen Sozialisten verdrängt und aus dem Sattel gehoben wurden. Gewiß gewann mit der gründlichen Beseitigung des Zarentums, in dem der heimtückisch westwärts drängende und darum dem gesamten Mittel- und Westeuropa so gefährliche Panslawismus unstreitig seinen natürlichen Gipfel, seine mächtigste Verkörperung und Konzentration erblickt hatte, die Lage im Osten vom deutschen und österreichisch-ungarischen Standpunkt aus entschieden an Freundlichkeit. Andererseits hatte gerade die Auflösung Rußlands in einige oder zahlreiche selbständige Gebilde fast in demselben Grade, wie sie militärisch an Stoßkraft und Wucht einbüßen mußte, einen Zuwachs an moralischen Eroberungen zu verzeichnen. Nicht als ob man nun gleich so weit gegangen wäre, zu behaupten: der Panslawismus ist tot, und ein ihn abriegelnder Pufferstaat ist nicht mehr nötig. Aber mit jedem Schritte, den der erstarkende russische Sozialismus und Friedenswille vorwärts tat, gewann er an Reiz und Anziehung. Besonders deutlich war das erkennbar, als am 30. März die mehr und mehr von Kerenskij und Tscheidse beeinflußte russische Revolutionsregierung folgendes von

sämtlichen Ministern unterzeichnete **Manifest** an das polnische Volk erließ:

„Polen! Das alte politische Regime Rußlands, die Quelle unserer und Eurer Sklaverei, unserer und Euerer Zersplitterung, ist jetzt für immer gestürzt. Das befreite Rußland, vertreten durch die provisorische Regierung, die mit der höchsten Macht ausgerüstet ist, beeilt sich, an Euch einen brüderlichen Gruß zu richten, und ruft Euch zum neuen Leben, zur Freiheit. Das alte Regime gab Euch heuchlerische Versprechungen, die sie erfüllen konnte, aber nicht durchführen wollte.

Die **Zentralmächte** zogen Vorteil aus diesen Fehlern, um Euer Land zu besetzen und zu vernichten. Ausschließlich in der Absicht, Rußland und seinen Alliierten Schwierigkeiten zu bereiten, haben sie Euch illusorische politische Rechte gegeben, die nicht für das ganze polnische Volk gelten sollen, sondern nur für einen Teil Polens, nämlich das vom Feinde vorläufig besetzte. Für diesen Preis wollten sie das Blut eines Volkes kaufen, das nicht zur Unterstützung des Despotismus kämpfte. Auch jetzt wird die polnische Armee nicht für die Unterdrückung der Freiheit und für die Zerstückelung des Vaterlandes unter Befehl des Erbfeindes kämpfen.

Polnische Brüder! Auch für Euch schlägt die Stunde der großen Entscheidung. Das freie Rußland ruft Euch in die Reihen derer, die für die Freiheit der Völker kämpfen.

Das russische Volk, das das Joch abgeworfen hat, erkennt das volle Recht auch des polnischen Brudervolkes an, aus freiem Willen sein Schicksal zu entscheiden. Treu der Übereinkünfte mit den Alliierten, treu dem gemeinsamen Plane zum Kampfe gegen den deutschen Militarismus, sieht die provisorische Regierung die Schaffung eines polnischen Staates, aus **allen** den Gebieten zusammengesetzt, deren Bevölkerung **überwiegend** Polen sind, als ein sicheres Pfand für einen dauernden Frieden im zukünftigen neuen Europa an. **Mit Rußland durch eine**

Militärunion vereint, wird ein freier polnischer Staat ein sicherer Hort sein gegen den Druck der Zentralmächte auf die slavischen Nationen.

Das befreite und geeinte polnische Volk wird selbst über seine Regierungsform entscheiden, indem es seinen Willen in einer konstituierenden Versammlung auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts, nach der polnischen Hauptstadt einberufen, zum Ausdruck kommen läßt. Rußland verläßt sich darauf, daß die Völker, die seit Jahrhunderten mit Polen vereinigt waren, somit eine solide Bürgschaft für ihr bürgerliches und nationales Dasein erhalten werden.

Die russische konstituierende Versammlung wird die neue brüderliche Union endgültig stützen und ihre Zustimmung geben zu den Änderungen des Gebietes des russischen Reiches, die zur Schaffung eines, aus allen seinen drei, jetzt getrennten Teilen bestehenden freien Polens durchaus notwendig sind.

Polnische Brüder! Ergreift die Bruderhand, die das freie Rußland Euch reicht! Treue Wächter großer Überlieferungen vergangener Zeiten! Erhebt Euch schon jetzt zur Wiedererrichtung Polens! Möge die Einheit der Gefühle unserer Herzen jetzt schon ein Vorbild zur kommenden Einheit unserer Staaten sein, und möge der alte Appell von den berühmten Vorgängern Eurer Freiheit jetzt mit neuer unbezwinglicher Stärke widerhallen! Vorwärts zum Kampf, Seite an Seite, Hand in Hand für unsere und Eure Freiheit!"

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" begegnete diesem Appell an die leicht entflammbaren Instinkte der Massen unterm 3. April mit folgender Warnung, die staatsmännisch zugleich den Weg zu einer Verständigung mit dem neuen Rußland andeutete, der offen erst Mitte Mai beschritten werden sollte:

„Die russische Regierung verspricht in diesem Aufruf die Errichtung eines polnischen Reiches, das sämtliche Teile des ehemaligen Königtums umfassen soll. Der Aufruf klingt verlockend und ist nicht ungeschickt verfaßt. Deutlicher jedoch wird das wahre Wesen des Aufrufs entschleiert, wenn man sich einiger-

maßen in seinen Inhalt vertieft. Da wird zunächst ganz offen zugegeben, daß die alte Regierung Rußlands nicht im Schlafe daran gedacht habe, die „heuchlerischen" Versprechungen zu erfüllen, die sie den Polen gegeben hatte.

„Die Mittelmächte", heißt es weiter „benutzten diesen Fehler (!!), um euer Land zu verbrennen und zu verwüsten". Die Behauptung, daß die Mittelmächte Polen verwüstet hätten, ist nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken. Die Polen selber sind Zeugen dafür, daß die russischen Truppen es waren, die auf ihrem Rückzug alles vernichteten.

Wenn dann ferner gesagt wird, daß die Mittelmächte das polnische Volk nur deshalb mit politischen Rechten ausgestattet hätten, um sein Blut für die weitere Teilnahme am Kampf gegen Rußland zu kaufen, so bedeutet das nur die Wiederholung einer völlig unbegründeten Verdächtigung. Der eigenartige Eindruck, den dies macht, verstärkt sich, wenn man weiterhin liest, daß die Polen aufgerufen werden, gemeinsam mit Rußland gegen den „deutschen Militarismus" zu kämpfen, und wenn der Aufruf den polnischen Staat als einen „festen Wall gegenüber dem Druck der Mittelmächte auf die slavische Bevölkerung" bezeichnet. Das alles sieht aber wenig nach Uneigennützigkeit aus. Es läßt vielmehr erkennen, daß es den Verfassern des Aufrufs nicht darauf ankommt, den Polen die Freiheit zu bringen, sondern einzig und allein, das durch den Krieg so schwer betroffene Land im russischen Solde von neuem zum Schauplatz erbitterter Kämpfe zu machen. Das Polen der Zukunft, das die Mittelmächte errichten wollen, ist ohne einen weiteren Schwertstreich, ohne das Opfer auch nur eines einzigen polnischen Lebens, der Freiheit gewiß, sobald die neue Regierung Rußlands sich entschließt, den blutigen Weg des Krieges zu verlassen. Die Mittelmächte sind es, die Polen in Händen haben. Durch Taten, nicht nur durch Worte haben sie den Beweis geliefert, daß sie dem schwergeprüften Lande die Freiheit bringen. Kein Tropfen polni-

schen Blutes braucht dafür zu fließen, wenn Rußland wirklich nichts anderes als den gesicherten, ehrenvollen Frieden erstrebt, den es haben kann, sobald es ihn will. Die Polen kennen Rußland sowohl wie uns. Sie wissen, auf welcher Seite die Macht und der ehrliche Wille sind, und deshalb werden sie auch nicht darüber im Zweifel sein, daß der russische Aufruf, des äußern Flitters entkleidet, nichts weiter ist als ein Hilferuf und damit ein Bekenntnis der Ohnmacht aller Verbandsstaaten."

Im ähnlichen Sinne, teilweise mit denselben Worten, wiesen die maßgebenden Wiener Blätter, wie das „Fremdenblatt", das „Neue Wiener Tagblatt" und die „Reichspost" vom 5. April den einer leicht zu durchschauenden Täuschung gleichkommenden Vorstoß der provisorischen Regierung zurück. Die Presse Warschaus erkannte ihn ebenfalls als bloße Stimmungsmache ohne greifbaren Hintergrund. Und laut Kurjer Warszawski vom 8. April erließ die Liga des Polnischen Staatswesens (vergl. oben S. 30) eine Erklärung, wonach der neue Standpunkt der russischen Regierung ihre eigenen Grundsätze in keiner Weise alterieren könne. Jede staatsrechtliche Verbindung Polens mit einem irgendwie gearteten Rußland werde Polens nationaler und staatlicher Zukunft nur schaden. Die einzig dauerhafte Grundlage des Verhältnisses beider Länder zu einander sei die völlige Unabhängigkeit Polens von Rußland. Und um sie zu gewährleisten, sei das Schaffen eines polnischen Heeres die notwendigste Vorbedingung.

Alle diese Bedenken faßte der provisorische Staatsrat zu Warschau in seiner Vollsitzung vom 6. April 1917 nach reiflicher Prüfung des russischen Aufrufs in folgender Erklärung glücklich zusammen:

„Der europäische Krieg hat die polnische Frage als großes Problem der internationalen Politik auf den Weltplan gerückt. Unsere Nation fühlte, daß ihre jahrhundertelangen Bestrebungen in Erfüllung gehen könnten, und die opferwillige Teilnahme der sich frei-

willig und selbstlos zum Kampf um die Unabhängigkeit Polens stellenden Legionen war dieser Bestrebungen lebendiger Ausdruck.

Die polnische Frage konnte nur durch Schaffung eines polnischen Reiches gelöst werden; diese geschichtliche Notwendigkeit erkannten zuerst die Regierungen der Mittelmächte. Ihr Akt vom 5. November rief den unabhängigen polnischen Staat ins Leben, wenn er auch seine Landesgrenzen noch nicht bezeichnete. Nunmehr erkennt auch die provisorische russische Regierung die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes an und stellt auf diese Weise fest, daß die Wiederherstellung Polens eine unabweisbare geschichtliche Notwendigkeit ist. Die neue russische Regierung bietet jedoch den Polen Länder an, welche ihrer Herrschaft nicht unterstehen, überträgt die Festlegung von Grenzen für den polnischen Staat der russischen Konstituante und sieht überdies von vornherein eine militärische Vereinigung der beiden Mächte vor. Jede uns aufgezwungene Verbindung beschränkt das Wesen der Unabhängigkeit und widerspricht der Ehre einer freien Nation. Wir müssen uns überhaupt gegen jede Bedingung verwahren, die unseren freien Willen fesselt.

Der provisorische Staatsrat, als einziges polnisches Staatsorgan, begrüßt mit Genugtuung den Strahl der Freiheit in dem Dunkel der Knechtschaft, worin die Völker des russischen Reiches gelebt haben; mit Befriedigung stellt er auch die Tatsache fest, daß die neue russische Regierung die Unabhängigkeit Polens anerkennt. Gleichzeitig betont er aber, daß der Jahrhunderte lange polnisch-russische Streit um die ausgedehnten, ethnographisch zwischen Polen und Rußland liegenden, in alter Schicksalsbeziehung zu Polen stehenden Länder durch die Kundgebung der russischen Regierung nicht entschieden ist. Die Erledigung dieses Streites können wir nicht der einseitigen Entscheidung der russischen Konstituante überlassen; das Schicksal dieser Länder muß im Sinne der staatlichen Interessen des unabhängigen Polens

und unter Berücksichtigung des Willens der sie bewohnenden Völker entschieden werden." (Ganz ähnlich lautet das hierauf sich beziehende Stück der Entschließung, die von einer durch den Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens einberufenen Volksversammlung am 22. April 1917 gefaßt worden ist.)

Die Erklärung vom 6. April schließt mit folgenden Worten:

„Der provisorische Staatsrat sieht seine Ziele klar vor sich: Die konstitutionelle Monarchie, eine starke Regierung und ein zahlreiches Heer, das sind die Aufgaben, die wir lösen werden. Besonders die Bildung einer eigenen Wehrmacht als wirksamer Bürgschaft für eine unabhängige staatliche Existenz ist die Pflicht, von deren Erfüllung uns nichts abzuhalten vermag.

Mit dem russischen Reiche wünschen wir freundnachbarliche Beziehungen zu pflegen; doch müssen wir uns gegen die Zumutung verwahren, Krieg gegen die Mittelmächte zu führen, deren Monarchen unsere Unabhängigkeit verbürgt haben. Nicht einen längeren Krieg, sondern den Frieden ersehnen die blutenden Völker Europas. Der durch den Akt vom 5. November verkündete und nunmehr durch die Regierung des neuauflebenden Rußlands anerkannte unabhängige polnische Staat soll die Grundlage bilden für den Beginn der Friedensverhandlungen und die Festigung normaler Lebensbedingungen in Europa."

Ohne Zweifel hat dieser Einspruch, zusammen mit der Nötigung, erst einmal dem Wirrwarr im eigenen Hause zu steuern, bewirkt, daß (unter Fallenlassen der lächerlich phrasenreichen Kriegsziele Miljukows) der Präsident des russischen Ministerrats, Fürst Lwow, am 9./10. April eine verständige, der Annahme eines Friedens geneigte Erklärung erließ, die einerseits versichert, die Verpflichtungen gegen die Alliierten einhalten zu wollen, andrerseits folgenden bemerkenswerten Abschnitt birgt:

„Die provisorische Regierung überläßt es dem Willen des Volkes, in enger Gemeinschaft mit unseren

Verbündeten alle auf den Weltkrieg und seine Beendigung betreffenden Fragen endgültig zu entscheiden, hält es aber für ihr Recht und ihre Pflicht, schon jetzt zu erklären, daß das freie Rußland nicht das Ziel hat, andere Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, daß es vielmehr einen dauerhaften Frieden auf Grund des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, herbeiführen will. Das russische Volk erstrebt nicht die Steigerung seiner äußeren Macht auf Kosten anderer Völker, es hat nicht das Ziel, irgend ein Volk zu unterjochen oder zu erniedrigen. Im Namen der Gleichheit entfernte es die Ketten, die auf dem polnischen Volke lasteten. Aber das russische Volk wird nicht zugeben, daß sein Vaterland aus dem großen Kampf erniedrigt und erschüttert in seinen Lebensbedingungen hervorgehe."

Das war zwar noch nicht viel, immerhin ein Anfang, eine Handhabe. Man erkennt deutlich, wie heiß damals noch die abweichenden Meinungen mit der zur Herrschaft emporstrebenden Weltanschauung der Sozialdemokraten rangen.

Gleichzeitig hatten in den Ostertagen auf dem Umweg über Skandinavien und durch seine werktätige Vermittlung bereits persönliche Vorverhandlungen über eine mit dem Londoner Abkommen vom 4./5. September 1914 (das jeden Sonderfrieden einer Ententemacht ausschließt, sie müßte denn durch innere Umwälzung dazu gezwungen sein) möglichst in Einklang zu bringende gegenseitige Anbahnung stattgefunden. Unkontrollierbare Gewährsmänner brachten als Niederschlag von schwedisch-russischen Besprechungen zu Petersburg einen in manchen Einzelheiten diskutabeln Vorschlag zurück, dessen vierter Punkt etwa so lauten sollte:

„Ein unabhängiges Polen wird aus den österreichischen und polnischen Gebieten einschließlich Posens (!) errichtet. Das unabhängige Polen, das die

Rolle eines Pufferstaates spielen würde, soll (wie Belgien nach Punkt zwei) kein eigenes Heer haben."

Daß auf dieser Grundlage für Deutschland, selbst wenn es durch Kurland und die westlichen Bezirke der Ostseeprovinzen (Punkt fünf) entschädigt werden sollte, von vornherein keine Verhandlung möglich ist, sollte man auch in d e n Kreisen wissen, die sich um Herstellung eines dauerhaften Friedens so heiß bemühen.

Es wird also noch einiger Geduld bedürfen, ehe die Einsicht der Russen — immer vorausgesetzt, daß die innere Gärung und Unordnung sich nicht bis zu voller Auflösung steigere — so weit gelangt sein wird, daß das auf allen Fronten unerschütterte Deutsche Reich, das sich auf seine drei Verbündeten auch in dieser Frage restlos verlassen darf, in die ausgestreckte Hand schlagen kann. Auf des Reichskanzlers ehrliches Entgegenkommen vom 15. Mai 1917 ist von drüben der Bescheid erfolgt: Wir wollen zwar den Frieden, aber nur einen allgemeinen unter grundsätzlicher Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Darüber zu reden hat jedoch so lange keinen Sinn, wie die übrigen Alliierten nicht einmal für einen (Scheidemann-) Frieden ohne Einverleibung und Entschädigung zu haben sind. Die Friedensfrucht ist noch nicht reif. Inzwischen wird sich Polen mehr und mehr davon überzeugen, daß nur das zielbewußte Verharren in der staatsmännisch eingeleiteten westlichen Orientierung ihm Freiheit und Unabhängigkeit verbürgen kann.

Et adhuc sub iudice lis est.

Sankt Peter (Nordsee), Mitte September 1917.

Druck von Friedrich Andreas Perthes, Aktiengesellschaft, Gotha